

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Das neue Volk. 1930-1930 1930

2 (11.1.1930)

DAS NEUE VOLK

WOCHENSCHRIFT FÜR CHRISTLICH-SOZIALE POLITIK UND KULTUR

Ausgabe für Baden

ORGAN DER CHRISTLICH-SOZIALEN REICHSPARTEI
Erscheint jeden Samstag. Bezugspreis monatl. für Deutsch-
land 0,80 RM. f. d. Baargebiet Fr. 4,50. f. Österreich S. 1,40
ausschließlich Zustellgebühr. Postverlagsort: WÜRZBURG

Herausgeber u. gesamtverantwortlich: Vitus Heller,
Würzburg. Geschäftsstelle: Würzburg, Karthause 11a, Fern-
ruf Nr. 8015. Postcheckkonten: Verlag 12329 Nürnberg,
Parteilasse 33038 Nürnberg. Druck: Werkbund Würzburg.

Nr. 2 / 11. Jahrgang

Samstag, den 11. Januar 1930

Einzelnummer 20 Pfg.

Der Auftakt der Bauernfront.

Die Bresche ist geschlagen!

Es war klar: Wenn es ernst wird mit der neuen Bauernfront, der eindeutigen Front aller wirklichen Bauern gegen die Großgrundbesitzer, Schwerindustriellen und die internationale Hochfinanz, ist in ein Wespennest gestochen! Wenn die Bauern einmal marschieren, Seite an Seite mit dem Proletariat, den ausgebeuteten Arbeitern gegen die ganze Ausbeutung und Versklavung durch die heutige Hochfinanz, dann zittern die Götzen und die Steigbügelhalter, die Satten und Nutznießer!

In Würzburg fand die erste Bauernversammlung statt, die zu dieser Front aufrief. Ein erster Versuch, ein Experiment! „Bauern heraus!“ Die kleinen und mittleren Bauern sind in großer Not. Die Verschuldung der Bauern macht rasende Fortschritte. Über 10 Milliarden Mark Schulden mit über einer Milliarde Mark Zinsen im Jahre lastet auf der Bauernwirtschaft. Die Staatssteuerlasten werden unerträglich: 24 Milliarden Mark, die Hälfte des ganzen Volkseinkommens, das Doppelte des Wertes der ganzen landwirtschaftlichen Erzeugung. Die heutigen Zinsen zu 10 bis 12 Prozent erdrücken die Bauern. Dazu kommt die Absatzkrise und die Preiskrise. Getreide ist billig, Brot und Mehl teuer. Für Milch bekommt der Bauer 17 Pfennig, der Städter zahlt 28 bis 31 Pfennig. Die Gerste hat niedrigen Preis, das Bier ist immer teurer geworden. Die Kinder der Bauern werden ins Proletariat geschleudert. Also Not der Bauern, der kleinen, mittleren Bauern. Die Bauernwirtschaft als solche ist in Gefahr!

Die Versammlung war gestopft voll, obwohl das „Fränkische Volksblatt“ schrieb, „die Bauern sollen kommunistisch organisiert werden!“ Und diese Versammlung, als Aufbruch und Auftakt, war ungeheuer wichtig und lehrreich!

Die Bauern spendeten den Vorträgen von Heller und Miglioli spontanen Beifall: Die wirklichen Bauern! Dann jedoch zeigte sich ganz klar die Klassenfront! Die alten Organisationen hatten Sabotagevorarbeit geleistet. Wenn es ihnen um die Not der Bauern ernst gewesen wäre, hätten sie ernste, sachliche Beratungsarbeit mitgeleistet. Aber das wollten, konnten sie nicht. Von vornherein sollte die Kundgebung unmöglich gemacht werden. Landbund, Milchwertungszentrale, Dr. Heim'scher Bauernverein hatten ihre ganzen Beamten mobilisiert. Die meisten Radau machen. Ein Schauspiel voller Tragik rollte sich ab.

In der Diskussion sprachen — nein tobten — gegen die neue Front keine Bauern — sondern Vertreter der alten Organisationen, des Großgrundbesitzes. Es sprachen: Ein Großgrundbesitzer und früherer Offizier, ein Sekretär des Bauernvereins, ein Sekretär des Landbundes und ein Diplomalldwirt als Vertreter der Milchwertungs. Sachlich zu sagen wußten sie nichts. Fieber 40 Grad! Mit einigen Phrasen: „Bauern lassen sich nicht von Moskau einfangen“ oder: „Nach dem Bischofsverlaß (auch der mußte sogar herhalten) geht Heller zu den Bauern, nachdem er vorher in seiner Zeitung die Bauern beschimpft hat“ (Herold sagte das, der Sekretär des Bauernvereins) glaubte man diese Front abtun zu können.

Und hier liegt die Bedeutung und Entscheidung dieser Kundgebung als Anfang und Auftakt:

Die Bauern sahen den Kontrast! Bei der neuen Front einfache Bauern als Delegierte! Bei denen, die dagegen werten, aber Angst um den eigenen Posten! Die Bauern sind in Not und kamen durch die Politik dieser alten Verbände immer tiefer in diese Not. Den Bauern ging und geht es immer schlechter, diesen Vertretern aber ging und geht es immer besser! Die heutige Not der Bauern kommt aus der Politik dieser alten Verbände. Ihre Forderungen auf Zölle und Kredite sind reslos angenommen und durchgesetzt! Sie sind also mit ihrem Latein zu Ende!

Die Sprecher der alten Front wußten nichts anderes zu sagen als: „Geht in eure bewährten Organisationen! Stellt euch hinter eure bewährten alten Führer!“ Wenn das die Bauern noch wollten, wenn sie noch glauben an diese alten Organisationen und alten Führer hätten, wären sie nicht gekommen, um von der neuen Front zu hören! Wenn die alten Organisationen und Führer helfen könnten und wollten, könnte die Not der Bauern heute nicht in diesem Ausmaße sein! Ihre Politik hat sie ja dahin gebracht, wo sie heute sind. Die Bauern haben die Zölle, Zölle nun in solcher Höhe, daß ein Höhergehen gar nicht mehr möglich ist. Und trotzdem kein besserer Absatz, trotzdem keine besseren Preise. Vor allem aber: Die Belastung der Bauernwirtschaft

Die politische Anarchie.

Hilferding — Haag — Hugenberg.

Hilferding, der Reichsfinanzminister, ist gegangen, die Reichsregierung hatte wieder einmal zu Weihnachten eine kleine Krise. Der Weggang Hilferdings aber hat noch andere Bedeutung: Es war die Flucht vor der Verantwortung, die Desertion vor den Finanzgewaltigen, deren Diktatur von außen die deutsche Regierung und den Reichstag in der Gewalt hat.

Hilferding hat den großen Fehler gemacht, daß er nicht den Mut aufbrachte, offen vor das deutsche Volk zu treten und zu sagen, was ist und den Kampf mit der Diktatur der Hochfinanz aufzunehmen. (Ob dies ein SPD-Minister überhaupt kann?) Als er den Etat antrat, fand er die verschleierte Defizite aus der Köhlerschen Zeit vor. Statt sich aber zum entscheidenden Kampf zu stellen, dessen Parole lauten mußte: Sanierung der Reichsfinanzen! Streichung aller unnötigen und überflüssigen Etatposten! Steuerreform auf den Schultern derer, die sie tragen können! Verteilung der Reparationslasten auf die Mächtigen von Hochfinanz, Schwerindustrie und Großagrariern, begann eine dilatorische Behandlung des ganzen Problems, die dazu führte, daß die Reichskassen immer leerer wurden, das Defizit immer größer und andererseits beim die Diktatur der Hochfinanz noch weiteren Kraftzuwachs. Bis Dr. Schacht sich sogar erlauben konnte, seine Bedingungen zu stellen!

Es war ein Skandal, als Dr. Schacht dem Reiche nicht half zu billigem Kredit, sondern Hilferding zwang, den Schwedentrust in Deutschland in Monopolstellung zu bringen. Und als Dr. Schacht dann noch gegen die Gesamtpolitik der Regierung auftrat! Vielleicht hatte Dr. Schacht sachlich recht. Die Reparationslast ist solange nicht zu tragen, als sie das schaffende Volk tragen muß. Aber es handelte sich für Dr. Schacht gar nicht um diese Frage, sondern um das Experiment, zu zeigen, wie weit bereits die Politiker kapitulieren müssen vor den Gewaltigen der Finanz. Hilferding's Abgang ist die Kapitulation der Politik vor der Macht der Finanz!

Wenn es aber in der Demokratie überhaupt soweit kommen konnte, daß trotz Demokratie nicht das Volk, nicht der Wille der Mehrheit des Volkes zum politischen Ausdruck und zur politischen Wirklichkeit wird und wurde, so trägt daran unser Parteiensystem die Hauptschuld. Wenn wir ein politisches Scheitern und Konzentrierung nach der natürlichen sozialen Volksschichtung, nach den zwei Klassen hätten, die tatsächlich da sind, Ausbeutern und Ausgebeuteten, Nutznießern, Satten, vom Schweiß der andern Lebende und schaffendes, werktätiges, aber hungerndes und darbenendes Volk, dann wäre auch in der Demokratie, gerade in ihr eine solche Machteinsetzung der Finanzgewalt gar nicht denkbar.

Hugenbergs Volksbegehren hat wohl auch die Gleichheit Hugenbergs zerstört. Er sollte der Mann der vollen Reaktion, die Zuflucht der feudalen Kreise Deutschlands, der Großagrariere etc., aller jener sein, die es nicht überwinden können, daß sie einmal bestimmeten und herrschten, die der Haß gegen die Demokratie treibt. Aber in dieser Zeit heutiger

Entwicklung sind solche Bestrebungen aussichtslos. Selbst im Lager derer, die nationalistisch Hugenberg zupöbeln, weil sie glauben, sie könnten mit dem Siegfriedschwert den Knoten der sozialen Mißstände zerhacken, sind die Tatsachen stärker als die Ideen. Da sind die Massen der Vollerwerbslosen, die verdammt sind zu stempeln, die in der Unmöglichkeit, noch einmal eine gesicherte Arbeit und Existenz zu bekommen, einfach dem sicheren Verkommen ausgeliefert sind. Da sind die Millionen junger Menschen in allen Berufen, sowohl in den Akademikerkreisen, als bei der Arbeiterschaft und der Bauernjugend, die ganz klar sehen, daß ihnen jede Zukunftshoffnung abgeschnitten und jeder Aufstieg verrammelt ist. Zehntausende überzähliger Akademiker, Tausende von Angestellten, zwei Millionen Arbeiter sind vor allem die von dieser Not und von diesem Kapitalismus Zerquetschten, die nirgends ein Unterkommen finden, nirgends ihr Brot verdienen, nirgends sich eine Existenz gründen können. Noch niemals hat die heranwachsende Jugend einer derartigen Not und Trostlosigkeit gegenübergestanden wie heute. Kein Wunder, daß ein Teil zu den Kommunisten geht, der andere zu Hitler. Hugenberg vermag ihnen nichts zu bieten. Darum zerfällt seine Front. Das Volksbegehren war der letzte Meteor, der verschwand und nicht einmal Spuren zurücklassen wird.

Im Haag sitzen die Vertreter der Staaten zusammen, um über die Tributzahlungen der Völker, vor allem des deutschen Volkes zu beraten. Verfehlt deutsche Außenpolitik hat es fertiggebracht, daß Amerika desinteressiert ist. Mit Amerika hat deutsche Außenpolitik einen Sondervertrag abgeschlossen. Die deutsche speierliche Presse vermeint Wunder, welches politische Kunststück damit vollbracht sei. In Wirklichkeit ist es eine grandiose Dummheit gewesen. Denn gerade Amerika mußte vor das Forum der europäischen Völker gezwungen werden. Gerade Amerika, die Morganmacht der Dollarherrschaft ist es, das alle diese Lasten dem europäischen und damit dem deutschen Volke auferlegt. Gerade an Amerika hätte die Forderung heranzutreten: „Schluß mit den Tributzahlungen!“ So wird man sich in Haag „zusammenfinden!“ Man wird ein weiteres Kompromiß abschließen, die hinter den Beratungen aber schürenden und steckenden Mächte der internationalen Finanz, der Bankkönige, der Weltwucherer reiben sich vergnügt die Hände. Vom Haag wird man heimgehen und den Völkern daheim die Lasten weiter auferlegen, die dort beschlossen worden sind!

Die Vorgänge in Deutschland sind anders als die in Italien unter Mussolini. Dort war ein Volk, das gesiegt hatte, das Faschismus aus seinem Siegestaumel heraus machte. Aber in Deutschland ist es die Not, die diktiert! Diese Not jagt auch Hitler die Leute zu. Und weil es die Not, die eigene Not, die Not der Verdammten dieser Erde ist, darum wird keine nationale Befreiungstheorie hier in Endringen stehen, sondern etwas ganz anderes. Nicht das Hakenkreuz, sondern ein blutroter Stern!

Wenn nicht der Stern von Bethlehem noch zu voller Leuchte und Tatkraft aufzurufen vermag in diesem Dunkel der Zeit! — — —!

durch die gesteigerten Kosten, die Verteuerung für Kunstdünger, Maschinen, Kleider, Schuhe, Steuern, Zinsen usw. sind auf das Konto der ganzen staatspolitischen, wie wirtschaftspolitischen Anarchie zu setzen, die keine Planmäßigkeit in sich trägt, sondern im Kapitalismus der wildesten Spekulation und der Macht, dem Profitwucher der Konzerne und Trusts ausgeliefert ist. Was sollen also die Bauern mit den alten Organisationen und alten Führern?

Die neue Front muß eine Front der Bauern selber, und zwar losgelöst vom Großgrundbesitz, sein. Sie darf weder KPD, Moskau heißen, noch sonstwie parteipolitisch sein. Sie muß eine Bauernarmee bilden, die Seite an Seite mit der Arbeiterschaft marschiert. Engste Verbindung von Produzenten und Konsumenten. Nicht der Bauer ist der „Brot-, Fleisch- und Milchwucherer“, dieser sitzt wo ganz anders. Die gleiche Macht, die den Arbeiter ausbeutet, die ihn arbeitslos auf die Straße wirft, knechtet auch den Bauern, läßt ihm die Schulden- und Steuerlast auf. Nicht Moskau, sondern die deutschen Klein- und Mittelbauern selber müssen ihre Sache führen. Heller erklärte auch für seine Person

sehr eindeutig und klar: „An dem Tage, wo hinter dieser Front Moskau stünde oder die deutsche KPD, würde ich sofort zurücktreten von dieser Front!“ Miglioli ist kein Kommunist: er ist Katholik. Er ist langjähriger Führer der katholischen Bauern Italiens, der katholischen Bauernpartei „Popolari“ gewesen. Und als Deutsche müssen wir feststellen: Miglioli war einer der wenigen, der damals in Italien mit Erzherrn zur Verhinderung des Krieges Italiens mit Deutschland eintrat, der gegen den Krieg stimmte und nach dem Kriege gegen den Versailler Vertrag und gegen die heutigen Reparationslasten. Mussolini aber stimmte damals für diesen Krieg und lud dem deutschen Volk einen unsitt-

AUS DEM INHALT:

Dr. Miglioli erklärt — Die Regensburger Bauernzentrale — Um die Flottenrüstung — Deportationen — Die Stellung der CSRP. — den religiösen Gemeinschaften — Das Experiment der letzten Karte — Woran krankt unsere Parteien? — Volkverein und CSRP. — Offene Antworten — Aus der Bewegung.

Wochenschau.

Die deutsche Delegation in Haag zählt 67 Mann und ist damit die größte Delegation, die in Haag vertreten ist.

Die Bergarbeiterverbände des Ruhrgebietes haben die Normalarbeitsordnung von 1921 zum 31. März d. J. gekündigt mit der Begründung, daß viele Bestimmungen infolge der neuen arbeitsrechtlichen Gesetze überholt seien.

In Lager von Hammerstein ist unter den Kindern der russischen Kolonisten eine Seuche ausgebrochen, der schon 17 Kinder zum Opfer gefallen sind.

Nach der Haager Konferenz werden die Finanzminister der Länder auf Einladung des Reichsfinanzministers sich in Berlin zwecks Besprechung über die Reichsfinanzreform zusammensenden.

Die Zahl der Arbeitslosen ist um weitere 210 000 auf 1,4 Millionen gestiegen.

Die Vulkanwerft ist am 31. Dezember stillgelegt worden, wodurch 7000 Arbeiter entlassen wurden.

Staatsanwalt Wassund, der die Voruntersuchung über die Töchterwettensfälschung führte, ist kurz vor Beginn des Prozesses wegen seiner Beziehungen zu den Sklaris seines Amtes entbunden worden.

Der Reichsländerrat und die Christlich-nationale Landvolk- und Bauernpartei sind aus dem Reichsausschuß des Hugenberg-Volkbegehrens ausgetreten und haben damit den Zusammenbruch dieses überflüssigen Gebildes eingeleitet.

Eine Kürzung der Beamtengehälter soll, gleichviel wie die Haager Konferenz ausgehen mag, nicht vorgenommen werden. — Bei den unteren Beamten ist auch nichts mehr zu kürzen, aber oben könnte man durchweg eine gründliche Kürzung durchführen.

Der Reichshaushaltssatz soll noch im März vom Reichstag verabschiedet werden. — In diesem Etat wird die zweite Rate für den Panzerkreuzer enthalten sein und auch angenommen werden.

Der Kommissar der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Leverage, hat in seinem Abschlußbericht für 1929 nur 911 Millionen Mark herausgebracht, eben soviel, als zur Deckung der Reparationsverpflichtungen der Reichsbahn und zur Zahlung der Dividenden auf die Vorkriegsausgaben nötig ist. Er schlägt daher eine Tarifserhöhung vor. — Wenn die Aktionäre nicht genug verdienen, muß das Volk mehr belastet werden, damit die Nichtstuer auf ihre Rechnung kommen.

Das vom „Hamburger Anzeiger“ veröffentlichte kommunistische Geheimratsdokument, unterzeichnet von Obock, hat sich als eine grobe Fälschung des Sozialdemokraten Dr. Hauch erwiesen. Dr. Hauch ist Pressereferent im Innenministerium.

Auch in Hollandisch-Indien sind seit langem Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen im Gange. Die Regierung hat jetzt in Batavia 100 führende Persönlichkeiten der indonesischen Nationalpartei, darunter den Gesamtverband, verhaftet.

Die Berliner Verlagsgesellschaft hat Verhandlungen wegen einer 25-Millionen-Dollar-Auslandsanleihe aufgenommen.

Im deutschen Tabakgroßhandel haben 1600 Firmen ihren 100 000 Angestellten gekündigt.



Bei einem Knotrund 19, der schottischen Industriestadt Paisley kamen durch die erschreckende Panik 72 Kinder ums Leben und 200 wurden, teils schwer, verletzt.

Die indische Unabhängigkeitsbewegung ist im ständigen Wachsen begriffen. Am 21. Januar soll eine große Unabhängigkeitsdemonstration veranstaltet werden. Die englische Regierung hat über 11 Großstädte Indiens den Belagerungsstand verhängt und in den Häfen von Madras und Bombay Verstärkung der Kriegsschiffe vorgenommen.

In England wurde eine neue kommunistische Tageszeitung, die „Daily Worker“, gegründet, die in einem Leitartikel eine Kundgebung der Dritten Internationale abdruckt. Darin erblickt die englische Presse eine Herausforderung der Regierung durch Rußland, und sie fordert daher die englische Regierung auf, gegen diesen Vertragsbruch seitens Rußland, keine kommunistische Propaganda mehr zu betreiben, vorzugehen.

Der spanische Diktator Primo de Rivera beabsichtigt, nach sechs Monaten — nach dieser Zeit hofft er die Verfassungsreform durchgeführt zu haben — zurückzutreten.

In Indien wurde von Gandhi eine neue Partei gegründet, die sich als demokratische Partei bezeichnet.

Anlässlich der Hochzeit des italienischen Kronprinzen findet eine allgemeine Amnestie statt. Freiheitsstrafen unter einem Jahr und alle Geldstrafen werden erlassen. Freiheitsstrafen über einem Jahr werden um ein Jahr herabgesetzt. Von der Amnestie werden etwa 400 000 Personen betroffen. Politische Gefangene sind von dieser Amnestie ausgeschlossen.

Oesterreich hat in Haag die Streichung seiner Kriegsschuld beantragt, bis jetzt jedoch ohne Erfolg. — Ein solcher Antrag sollte von allen Völkern gestellt werden, da sie alle, außer Amerika, unter den Kriegslasten zusammenbrechen drohen.

In London tagt zurzeit eine deutsch-englische Lehrerkonferenz, um den geplanten Schüleraustausch zu regeln.

In den nächsten Tagen wird der Weitertransport der deutschen Bauern nach Brasilien erfolgen.

Der französische Kreuzer „Edgar Quier“ (14 000 Tonnen) ist an der algerischen Küste auf Grund gelaufen. Man stellte ein 17 m langes Leck fest. Die 1000 Mann starke Besatzung konnte gerettet werden.

In Nord-Rhodesien, in der Nähe der südlichen Kongogrenze (Süd-afrika) sind mächtige Kupfererzfelder entdeckt worden. Das Vorkommen wird auf rund 400 Millionen Tonnen geschätzt.

Bei einer Übung englischer Bombenflieger bei C. arum explodierte eine Bombe, wodurch zwei ägyptische Soldaten getötet und drei englische schwer verletzt wurden.

Der Vorsitzende der kommunistischen Partei und Reichstagsabgeordnete in Finland, Mauritz Rounberg, wurde von der politischen Polizei verhaftet wegen angeblicher Verhöle gegen die Staatssicherheit.

Persien hat durch einen französischen Mittelsmann bei den Berliner Waffenwerken mehrere hundert Maschinengewehre und einige zehntausend Gewehre bestellt.

Tschitscherin, der sich zurzeit im Kraml-Krankenhaus aufhält, ist für den Botschafterposten in Paris vorgesehen.

lichen Vertrag und die Lasten der Reparationen durch starke Mithilfe mit auf. Daran ändert auch die Teilnahme von Delegierten nichts, die dem Bauernbund angehören, der von der deutschen KPD. gefördert wird. Es gehören Delegierte der Landarbeiter, der anderen Bauernvertretungen, aus den anderen Parteien an. Nicht Parteizugehörigkeit, nicht Konfessionstrennungen, sondern die einfache, eindeutige Front der schaffenden Klein- und Mittelbauern!

Die einfachen Bauern haben das erfaßt. Das Sofortprogramm der „Grünen Front“ der alten Bauernorganisationen und der alten Bauernführer ist in Berlin angenommen worden. Die Forderungen der „Grünen Front“ hat selbst eine Regierung übernommen, in der vier SPD-Vertreter als Minister sitzen. Der Reichstag stimmte zu. Die Bauern aber werden erleben, daß ihre Not damit nicht behoben wird, aus der einfachen Tatsache heraus, weil die Ursachen der Not auf ganz anderem Gebiete liegen! Die ganze Agrarwissenschaft dieser alten Führer versagt. Es ist, wie Professor Sering (Berlin) erklärt, daß wir in Deutschland keine stichhaltige agrarpolitische Wissenschaft aufweisen können. Diese ging bisher an den Hauptursachen und Hauptmomenten der landwirtschaftlichen Lage und Notwendigkeit vorbei.

Diese Tatsache und die weitere Entwicklung wird die Bauern immer mehr aufwachen lassen. Die Tatsachen stellen ihr Denken um. Sie sind konservativ, sind sehr mißtrauisch gegen alles Neue, gehen nur zaghaft und langsam aktiv vor. Aber wenn sie etwas erkannt haben, halten sie auch zähe daran fest. Und in diesem Umdenkungsprozeß sind die Bauern heute begriffen. Die Notlage zwingt sie dazu! Wir können ihnen nur helfen. Wir wollen, dürfen nicht von ihnen profitieren. Sondern helfen müssen wir ihnen, Wege zeigen, die Front aufreißen. Dann müssen die Bauern selber handeln! Sie müssen sich Macht verschaffen, andere Macht, als heute. Die Arbeit muß vom Dorfe ausgehen. In jedem Dorfe ein Komitee, in jedem Bezirk, Land, aufbauend zu den Reichskongressen usw.! Diese Komitees müssen die lebendigen Träger der Bauernfront sein. Sie müssen in jeder aktuellen Frage einsetzen, im Dorfe, im Bezirke, in der großen politischen Front!

Der Funke ist in die deutschen Klein- und Mittelbauern geworfen! Der Auftakt hat eingesetzt! Die Bresche ist geschlagen!

Dr. Miglioli erklärt.

Die Rede Migliolis auf der Bauernversammlung zu Würzburg werden wir in der nächsten Nummer im Wortlaut bringen. Für heute veröffentlichen wir auf die ganz unqualifizierbaren Angriffe von Großgrundbesitzern und einigen anderen Nationalisten und bemerken dazu:

Miglioli wurde niedergebrüllt, weil er Ausländer, Italiener war. In Frankreich, Belgien etc. können Deutsche ungehindert in öffentlichen Versammlungen sprechen. Und zudem: Miglioli ist ein Italiener, der 1915 als italienischer Deputierter gegen den Krieg stimmte, der gegen den Friedensvertrag von Versailles in der italienischen Kammer sprach. Diesen Mann, der zudem eintrat für die deutschen Bauern in Südtirol, wollte man niederschreiben von den gleichen Leuten, die Abgesandte Mussolinis auf ihren Tagungen auftreten lassen, jenes Mussolini, der 1915 zum Kriege gegen Deutschland hetzte, der die Deutschen Südtirols bedrängt, der mit Hilfe, dem deutschen Volke die Reparationslasten aufzuerlegen, ein Beweis, daß es diesen Kreisen gar nicht um das wahrhaft Nationale zu tun ist, sondern nur um ihren Geldsack, den sie durch eine Volks-Bauern-Arbeiterfront bedroht sehen.

Die Erklärung Migliolis:

1. „Man sagt, ich sei kein Vertreter der italienischen Bauern, sondern ein Verbannter. Darauf antworte ich: Ich bin eben deshalb verbannt worden, weil ich meine katholischen Bauern gegen den Terror des Faschismus verteidigt habe. Ich stehe nach wie vor mit den italienischen Bauern in Verbindung, ja sogar noch besser denn je.“

2. Man sagt, ich sei Vertreter von Vitus Heller. Ich könnte die deutsche Bauernfrage nicht. Darauf antworte ich: Ich bin zwar ein Freund von Vitus Heller und achte ihn, weil ich überhaupt alle rechtschaffenen Menschen achte, die in ihrer politischen Tätigkeit ehrlich sind, aber ich bleibe allen deutschen politischen Parteien ferne, wie es meine Pflicht als Ausländer verlangt. Ich habe in meinen Ausführungen auch Zahlen genannt. Ich beweise, daß ich etwas kenne von der Lage der deutschen Bauern. Diese Zahlen sind die offiziellen Zahlen, die ich den Dokumenten entnommen habe, welche die deutsche Regierung an das internationale Arbeitsbureau nach Genf geschickt hat.

3. Endlich hat ein Herr gesagt, man müsse jedem Ausländer gegenüber mißtrauisch sein, der jetzt für Deutschland sympathisiert. Darauf antworte ich:

Ich habe mich für Deutschland zu einer Zeit eingesetzt, wo es in meinem Lande noch schwer war, dies zu tun. 1915 schickte Deutschland Erzberger nach Rom, um bessere Beziehungen zwischen Deutschland und Italien herzustellen. Erzberger fand aber keine Freunde dort, denn gerade Mussolini hatte ihn damals als den grimmigsten Feind Italiens gebrandmarkt. Da habe ich mich Erzberger angeschlossen. Und ich habe am Ende 1915, als Italien den Krieg erklärte und Mussolini, von französischem Gelde bestochen, ausrief, es sei notwendig, das deutsche Volk zu vernichten, habe ich mich gegen dieses Verbrechen erhoben und gegen den Krieg in der italienischen Kammer gestimmt. Vor dem Versailler Vertrag 1919 habe ich mich geweigert, ihn zu billigen und habe allein von meiner ganzen Partei in der Kammer meine Stimme für dieses neue Verbrechen eines Scheinfriedens verweigert. Vor wenigen Monaten forderte Mussolini drohend das ganze Geld, welches im Dawesplan festgelegt war, ich

aber habe geschrieben, daß dieses Geld, welches das deutsche Volk bezahlen soll, nicht etwa dem italienischen Volk zugute käme, sondern einer Regierung, welche das Land umdrückt, den Faschismus im Auslande bezahlt und den Krieg vorbereitet.

Und ich achte, indem ich erkläre: Die italienischen Bauern verlangen keinen Pfennig von den deutschen Bauern; sie wollen es nicht. Im Gegenteil, sie sagen zu ihnen: Gegen den gemeinsamen Feind müßten wir einen Bund schließen und sowohl den italienischen, wie den anderen Faschismus vernichten. Es lebe zwischen uns ein und allein das Gefühl der Solidarität und der Brüderlichkeit! Ich bitte Sie ergebenst, diese Erklärung veröffentlicht zu wollen.

Dr. Miglioli, ehemaliger Abgeordneter der italienischen Kammer.

Die Regensburger Bauernzentrale

Darüber teilt die „Weltbühne“, gez. von Jean Barchhausen, mit: „Geschäftlich geht es in Regensburg nicht gut. Seit der Inflationszeit hat es da mancherlei Geschichten gegeben. . . Da ist zunächst eine Wechselaffäre, bei der sich die Regensburger Genossenschaftskasse, wie durch ein Gerichts Urteil festgestellt worden ist, „unter Täuschung der Preußenkasse von dieser dreiviertel Jahre recht erhebliche Summen verschafft hat“ — Gefälligkeitsakzeptie, Wechselreiterei — man kennt ja solche Dinge. Dann kam das Malheur, daß die Regensburger nach der Inflation ihren Genossenschaftskassen vielen Tausend die Aufwertung ankündigten und in der Bilanz dafür einen Fond von über 5 Millionen Reichsmark aufwiesen, „ohne daß Geld da war“, wie Dr. Heim kürzlich freimütig zugegeben hat. Aus der Bilanz von 1926 war dann plötzlich dieser Posten verschwunden. In den Jahren 1925/26 hat man, wie es scheint, bei den heimischen Genossenschaften geradezu phantastische Summen verloren. (Die Münchener Stelle veranschlagte allein 5 Millionen Mark mit allen bei Spekulationsgeschäften. D. R.)

Als nun 1918 der Reichstag einen Fond von 25 Millionen für die Rationalisierung der ländlichen Genossenschaften ansetzte, da sah der Regensburger Genossenschaftspionier plötzlich die große Chance der Sanierung durch Subvention vor sich.“ Die Zeitschrift teilt dann mit, daß Dr. Heim als bayerischer Erfordernis der Preußenkasse sich genähert, für diese höhere Kompetenzen und an Stelle der 25 Millionen 100 Millionen Subventionen verlangt habe. Ein Berliner Blatt schrieb, Dr. Heim sei von der Preußenkasse eine Subvention von 500 000 Mark zugesagt worden. Die Preußenkasse demütierte.

„Wird der Genossenschaftspionier Doktor Heim, der kürzlich in Ingolstadt das Wort in die Welt hinausgeschmettert: „Die Korruption ist die Schwester der Subvention“ — wird er sich denn subventionieren lassen?

Subvention hin, Korruption her — die Preußenkasse legt, allen Demenstis zum Trotz, einen Verteilungsplan für die Mittel der Genossenschafts-Rationalisierung vor, und in diesem Plan steht geschrieben: Zuschuß für Regensburg — eine Million Mark. Punktum! Was werden sich die Herren Reichstagsabgeordneten wundern, wenn sie wieder einmal, wie das allvierteljährlich ihre Pflicht ist, den Bericht über die Genossenschafts-Rationalisierung zu prüfen haben und wenn sie dann diesen Posten entdecken? . . .

Am schönsten aber war es auf der letzten Verhandlung der Regensburger in Ingolstadt, wo Dr. Heim erklärte: Bei der Zentralisierung und Unterisierung in Genossenschaftswesen, die man jetzt offen unter dem „verlorenen Motto der Rationalisierung“ und ohne Klugheit betreibt, „wird das Schicksal aller deutschen Bauern in die Hände derer gelegt, die in der Metropole der Barmatz, Kuttiker und Sklaris herrschen!“



Den einfachen Bauern geben alle diese Dinge zu bedenken! Sollen die Steuergroschen verwendet werden, um Defizite aufzudecken, die durch wilde Spekulationen und andere Geschichten innerhalb mancher Genossenschaften gemacht worden sind und die mit den Interessen der Bauern nichts zu tun hatten, wie z. B. die Gründung der Futtermittel-AG. mit Geldern der Regensburger Genossenschaft und Anteilnahme von Aufsichtsräten dieser Genossenschaft vor 1925 etc.? Was soll die Kredittgebung des Reiches, die Dr. Hermes verfiel, wenn diese Millionen entweder gar nicht in die Bauernhände kommen, oder wenn sie dahin kommen, wie die seinerzeitigen Weinkredite an die armen Winzer, heute diese beinahe erdrücken? Wirklich: Die „Grüne Front“ ist mit ihrem Latein zu Ende in der heutigen Bauernnot! Die Aufsichtsräte alle, die an Händen und Füßen gebunden, den Freiheitskampf der Bauern gar nicht führen können!

Vorschlag zu einem wirklichen Volksbegehren.

Deutschland hat den Krieg verloren. Soll und muß die Kosten desselben bezahlen. Es ist unmöglich, daß ein verarmter Staat, der noch dazu so ungeheure Zahlungen leisten soll, auf die Dauer einen derartigen großen öffentlichen Verwaltungsapparat nebst hohen, viel zu hohen Gehältern und Ruhegehältern bezahlen kann!

Deshalb Vorschlag: Lösung des Arbeitslosenproblems durch Inangriffnahme und Durchführung großer Bauprojekte und großzügiger Wohnungsbau in ganz Deutschland, gleichzeitig Verwaltungsabbau in Staat und Gemeinde. Kürzung der hohen Gehälter über 500 Mark auf mindestens 50 Proz., dasselbe bei den Ruhegehältern!

Das ist der einzige Weg zur Gesundung der Finanzverhältnisse. Wenn nicht freiwillig, so kommt er erzwungen, oder vollständiger Zusammenbruch!

K. H.

Um die Flottenabrüstung.

Von Carl Mertens.

Seitdem die neue englische Regierung mit U.S.-Amerika für die Wiederaufnahme der Seeabrüstungskonferenz in Verbindung trat, seitdem die ersten Besprechungen zwischen Vertretern beider Länder stattgefunden haben und seitdem Mac Donald in U.S.A. seinen beispiellosen persönlichen Erfolg erringen konnte, scheint das Problem der Abrüstung der Seefloten in eine neue Phase getreten zu sein. Die Aussichten der Abrüstung oder doch wenigstens der Rüstungsbeschränkung scheinen positiver denn je zuvor. Deutschland ist an diesem Zweige der Abrüstung nicht unmittelbar interessiert. Es betont seine Anteilnahme am stärksten in erhofften Rückwirkungen der Seeabrüstung auf die Geschäfte der allgemeinen Abrüstung, besonders der der Landheere. Hierbei macht sich in der deutschen Öffentlichkeit ein fast überschwinglicher Optimismus bemerkbar, der leicht zu Enttäuschungen führen kann, Enttäuschungen, die später im Zusammenhang mit den bevorstehenden Abrüstungskonferenzen die Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn trüben müssen. Diese Gefahr besteht besonders, da die deutsche Berichterstattung die Auffassung vertritt und vermittelt, es sei in erster Linie Frankreich, das im Bunde mit Italien auf der bevorstehenden Seemächtekonferenz Schwierigkeiten machen werde. Andererseits legen die pazifistischen Kreise eine Freude an den Tag, die eine nüchterne Betrachtung des Problems erschwert, während zur gleichen Zeit die militaristischen Elemente des Reiches den „sicheren“ Bruch der französisch-englischen Entente feiern und sich von ihm eine erneute englische Unterstützung ihrer Pläne versprechen. Ihre sinnlosen Forderungen an Frankreich, die unedlikste Art und Weise, in der ihre Besprechungen publiziert, geleugnet, diskutiert und verfälscht werden, und nicht zuletzt die verlogenen Ausfälle der Volksbegehrens-Propaganda, die sich nicht entblödete, Frankreich zum Sklavenhalter deutscher Kinder zu machen, haben wohl endgültig die Möglichkeit der nationalistischen deutsch-französischen Verständigung verschüttet. Dafür werden die schönen Erinnerungen und das Verständnis Lord d'Overtons für die Sorgen der Wehrbünde aus der Requisitionskiste dieser Katastrophenpolitiker gekramt. Schließlich knüpfen die demokratischen und sozialdemokratischen Kreise an die erfolgreiche pazifistische Politik der Labourregierung ihre freudigen, häufig anglophilen Kommentare. Englischer Pazifismus — angelsächsische Verständigung — Flottenbegrenzung — allgemeine Abrüstung — auf diesen Stufen klettern die deutschen Hoffnungen himmelan.

In der Hauptsache beschränkt sich die Flottenbegrenzung auf die fünf Seemächte England, U.S.Amerika, Japan, Frankreich und Italien. Im Jahre 1927 verfügten diese Mächte über folgende Marinestärken:

	Gesamttonnage in 000	% der Weltmarine
Britisches Reich	1 279,2	24,9
U.S.Amerika	1 261,7	24,6
Japan	703,6	13,7
Frankreich	521,3	10,1
Italien	296,0	5,8
Zusammen:	4 061,8	79,1

Die Verschiebung der Kräfte, die seit dem Kriege eingetreten ist, erkennt man aus den entsprechenden Zahlen für 1913 und 1919:

	Gesamttonnage in 000		% der Weltmarine	
	1913	1919	1913	1919
Britisches Reich	2 222,2	2 197,6	32,2	29,7
U.S.Amerika	843,6	1 396,8	12,2	18,9
Japan	531,9	678,6	7,8	9,2
Frankreich	689,2	671,3	10,0	9,1
Italien	348,1	423,8	5,0	5,7
Zusammen:	4 639,0	5 368,1	67,2	71,6

Wenn man die Zahlen für 1919 mit denen für 1927 vergleicht, so ergibt sich für das Britische Reich eine Abrüstung von 100 auf 58,2, für U.S.Amerika eine Abrüstung von 100 auf 90,3, für Japan eine Aufrüstung von 100 auf 103,6, für

Frankreich eine Abrüstung von 100 auf 76,6, für Italien eine solche von 100 auf 68,8. Bei den fünf großen Seemächten beträgt die Abrüstung seit 1919 rund 29,7%. Diese Abrüstung ist zum Teil eine Folge der Abwrackung veralteter Schiffe, zum Teil eine Folge des Seeabrüstungsabkommens von Washington, das im wesentlichen folgendes bestimmte:

Es dürfen besitzen

	Großkampfschiffe bis	Flugzeugmatterschiffe bis
	je 35 000 t	je 27 000 t
Britisches Reich	525 000 t	135 000 t
U.S.Amerika	525 000 t	135 000 t
Japan	315 000 t	81 000 t
Frankreich	175 000 t	60 000 t
Italien	175 000 t	60 000 t

Versuche, auch für die anderen Schiffsklassen eine gleiche Begrenzung zu vereinbaren, scheiterten am Widerstande der europäischen Seemächte.

Wesentlich ist die technische Veränderung der Marine- rüstung seit dem Kriege. Lag früher das Schwergewicht der Seerüstung auf den großen Schlachtschiffen, so liegt es heute auf den Kreuzern, U-Booten, den Flugzeugmatterschiffen und den kleineren Einheiten. Diese Veränderung zeigt sich deutlich am Beispiel Englands:

	1913			1928		
	Zahl	Ton- nage	% der Flotte	Zahl	Ton- nage	% der Flotte
I. Schlachtschiffe	67	1 159,6	52,2	20	577,5	44,9
II. Kreuzer	123	859,6	38,7	48	243,1	19,6
III. Zerstörer	319	141,1	6,4	167	202,4	16,3
IV. U-Boote	76	29,5	1,3	55	44,5	3,6
V. verschiedene	45	32,1	1,4	58	188,5	15,6

Während also vor dem Kriege das Verhältnis der Schlacht- schiffe zu den Kreuzern und anderen Schiffsklassen rund wie 5 zu 4 zu 1 war, ist es heute rund wie 3 zu 1 zu 2. Noch deutlicher tritt diese Verschiebung bei Ländern in Erscheinung, die für ihre Flotten keinen so großen weltumspannen- den Aktionsradius gebrauchen. Das Verhältnis war bei Frankreich vor dem Kriege wie 4 zu 3 zu 1 und ist heute wie 5 zu 3 zu 4, und bei Italien vor dem Kriege wie 8 zu 1 zu 1, heute wie 5 zu 2 zu 3. Hinsichtlich der Welttonnage aller Kriegsfloten gestaltete sich das Verhältnis vor dem Kriege wie 5 zu 3 zu 1, heute wie 5 zu 2 zu 3. Diese Verände-

rung läßt den Gegensatz der Rüstungstendenzen der fünf großen Seemächte erkennen, und es zeigt, daß die bisherigen Ergebnisse der Seeabrüstung nur als relative Erfolge zu be- zeichnen sind. In der Tat zeigt sich all die Jahre hindurch, daß sich tatsächliche und bisher unüberwindliche Schwierig- keiten erst dann ergeben, wenn die Debatte sich den Einhei- ten unter 10 000 t Raumgehalt zuwendet.

Die Notwendigkeit der Erweiterung irgendwelcher See- rüstungsabkommen ist umso dringlicher, als nicht nur in den bisher nicht berücksichtigten Mächten Flottenrivalen er- stehen können, sondern als auch ihre Flotten schon bei weni- gen 10 000 t Gesamttonnage bündniswert sind. Mit der schär- feren Begrenzung wächst naturgemäß die Dringlichkeit der Erweiterung des Kreises der Vertragspartner.

Folgende Zusammenstellung ist — so naheliegend sie auch sein mag — nur bedingt stichhaltig, da sie den rapiden Verlust der deutschen und russischen Flotten und das Ver- schwinden der österreichischen Flotte durch Krieg, Revolu- tion und Friedensbestimmungen nicht beachtet. Wenn die Entwicklung bisher zeigte, daß die 5 Großmächte am Anteil der Marine-Welttonnage auf Kosten aller anderen Mächte zunahm, so heißt das nicht, daß diese Entwicklung in den nächsten Jahren so bleiben wird, umso weniger, als seit 1926/27 ein Anziehen der Rüstungen zu beobachten ist.

	5 Seemächte		5 Seemächte die anderen	
	1. Grades	2. Grades	1. Grades	2. Grades
Gesamtmarine- tonnage in 000:				
1913	4 639	1 553	476	
1919	5 368	1 327	483	
1927	4 062	627	445	
In % der Welt- marinetonnage:				
1913	67,2	22,8	10,3	
1919	72,6	18,0	9,4	
1927	79,1	12,2	8,7	

Schon mit einem ersten positiven Ergebnis einer nächsten Seeabrüstungskonferenz muß sich dieses Verhältnis zugun- sten der kleinen Mächte verschieben. Tatsächlich wachsen — seit 1926/27 — die Flotten der kleineren Seemächte erheb- lich schneller, als die der Fünfermächte. Vom Jahre 1927 bis zum Jahre 1928 stieg die Marinetonnage der 5 kleineren Seemächte um 12%, während die Marinetonnage der 5 großen Mächte um nur 5% zunahm.

Zum Schachtmemorandum.

Die Schweizer „Republikanischen Blätter“ schreiben zum Schachtmemorandum:

„Wer dieses Memorial des Reichsbankpräsidenten auch in dem Liest, was zwischen den Zeilen steht, der sieht klar vor- aus, daß Herr Dr. Schacht, der schon das erste Inflations- manöver leitete, eine zweite Inflation vorbereiten möchte. Für die erste Diente ihm der verlorene, selbstfinanzierte Krieg zur Entschuldigung. Für die zweite möchte er jetzt die Leistung der Wiedergutmachungspflicht als Ausrede be- nutzen, um durch abermalige Abschüttelung aller inneren Schulden die deutsche Wirtschaft leistungsfähig zu machen. Wer nach diesem Memorial Schachts noch deutsche Papiere kauft oder die in seinem Besitz befindlichen nicht — immer- hin in aller Ruhe und Vorsicht — in andere Werte umzu- tauschen sucht, der soll die Mitwelt dann später von jedem Gejammer verschonen.“

Militärdienstverweigerer und der Kellogg-Pakt.

Der vereinigte Friedensrat, dem die Delegierten von sie- ben verschiedenen Friedensorganisationen angehören, hat den folgenden Brief an alle Mitgliedstaaten des Völkerbundes geschickt:

„Wir machen Sie auf die Tatsache aufmerksam, daß die Staaten Holland, Frankreich, Polen, Schweiz, Neuseeland, Jugoslawien den Pariser Pakt zwar unterschrieben und ratifi- ziert haben, aber dennoch fortfahren, Menschen wegen der Verweigerung des Kriegsdienstes einzusperrern, obwohl der Pariser Pakt auf den Krieg als ein Mittel der nationalen Poli- tik verzichtet.“

Wir fordern, daß die genannten Regierungen ihre Auf- richtigkeit dadurch beweisen, daß sie alle wegen Verwei- gerung des Militärdienstes eingesperrten Leute sofort frei- setzen.“

Zahl der Beamten in Preußen 1913—1929.

Nach dem preußischen Etat für 1929/1930 sind in Preu- ßen beschäftigt:

	1913	1929	Gegen 1913 mehr + oder weniger —
Beamte	88 390	142 705	+ 54 315
Hilfsbeamte	21 527	13 142	- 8 385
Angestellte	7 152	31 876	+ 24 728
Arbeiter	11 428	17 670	+ 6 242
	128 497	205 393	+ 76 896

Gegen 1913 ist also die Zahl der Staatsbediensteten um 76 896 = 60% gestiegen. Diese Vermehrung entfällt mit 55 346 in der Hauptsache auf Polizei und Landjäger. Für den Rest von 21 550 ergibt sich folgendes:

Die Beamten haben um 5880 zu-, die Hilfsbeamten um 11 128 abgenommen. In ganzen zeigt sich also bei den eigentlichen Beamten ein Rückgang um 5248 Köpfe. Eine Zunahme bleibt nur bei den Angestellten um 23 327 und bei den Arbeitern um 3525 Köpfe festzustellen.

Hast du schon das Werkblatt „Der barmherzige Samariter“? Vermittle es auch allen Erkennenden aus deinem Bekannten- kreise! Rastlos arbeiten!

„Du Volk aus der Tiefe, du Volk aus der Nacht!
Vergiß nicht das Feuer, bleib auf der Wacht!“
Bestelle bei: Der barmherzige Samariter, e. Werk-G. m. b. H. in Volkertshausen (Baden).

Deportationen!

Von Hubert Frank.

„Vor 2 Jahren — so hört man es immer wieder — wurde getötet, geplündert, geraubt. Es war der Krieg. Aber dies, jetzt, das ist nicht mehr der Krieg. Das ist kalte Berechnung, absichtliche Zerstörung, Gewalt gegen Recht, Erniedrigung der menschlichen Persönlichkeit, ein Hohn auf die Menschlichkeit.“

Kardinal Mercier
am 10. 11. 16 an Generalgouverneur v. Bising.

Was der große Kirchenfürst mit verhaltener Leidenschaft in den Worten ausdrückt, die hier oben stehen, das war das einmütige Urteil der zivilisierten Welt über jenen Akt der Barbarei, der in den Jahren 1916 und 1917 vom preußischen Generalstab am belgischen Volke verübt wurde.*)

★

Die Gesamtzahl der zur Fronarbeit für den feindlichen Eindringling gepreßten Belgier beträgt, laut der amtlichen Statistik des belgischen Justizministeriums 120 655. Davon wurden in den „Zivilarbeiterbataillonen“ hinter der deut- schen Front oder mit Arbeiten in Belgien beschäftigt 62 155,

*) Es darf nicht vergessen werden und ist nur so charakteristisch für die Unzuverlässigkeit der deutschen Linken in all diesen Fragen, daß es W. Rathenau gewesen ist, der zu den einflußreichsten Befür- wörtern dieser Deportationen gehörte. (Vgl. die Mitteilungen der Monatschrift „Das blaue Heft“, Mai 1927.) Rathenau verwarf da- mals alle „Rücksicht auf internationale Prestigefragen“.

nach Deutschland verschickt 58 500. Für die Zuverlässigkeit dieser Statistik spricht die Tatsache, daß ein deutsches ver- trauliches Memorandum (das Memorandum Dr. Assis, Ab- teilung für Handel und Gewerbe bei dem Generalgouverne- ment in Belgien) eine noch höhere Zahl der nach Deutsch- land Deportierten angibt. Die deutschen Statistiken machen übrigens einen wesentlichen Unterschied zwischen zwangs- weise und freiwillig Arbeitenden. Wir werden aber nachher sehen, wie die angeblich freiwilligen Unterzeichnungen von Arbeitsengagements zustande gekommen sind.

Die für die Deportationen Verantwortlichen — es sind dies der Reihenfolge nach: Die Oberste Heeresleitung, das Kriegsministerium und vor allem seine von Rathenau geleitete „Kriegsrohstoffabteilung“, ferner die Berliner und die „Brüsseler“ deutsche Regierung; beide klappten vor jedem Sporenraseln zusammen — die Verantwortlichen suchten und suchen sich zu rechtfertigen mit dem Hinweis auf den damaligen Zustand der belgischen Industrie. Diese „Rechtfertigung“ ist in Wirklichkeit die schwerste Selbstanklage.

Die belgische Wirtschaft war in der Tat zerstört; die bel- gische Arbeiterschaft arbeitslos. Aber die deutsche Heeres- leitung, die angeblich „aus sozialem Gefühl“ und um „der öffentlichen Ordnung“ willen „den Brotlosen Brot gab“ — sie ist doch die Urheberin dieser gigantischen Wertvernich- tung gewesen, die — wiederum — kein notwendiger Akt des Krieges war. Das war weder Angriffs- noch etwa Ver- teidigungskrieg bei dieser Brandschatzung der belgischen Fa- brik; das war der Beutezug der deutschen Schwerindustrie; der Sklavenjagd auf Menschen ging die Plünderung des Ma- terials voran. Ein anschauliches Bild gibt Walter Oehme in

seinen „Beiträgen zur deutschen Kriegsführung“ (Berlin 1920):

„Nachdem alle brauchbaren Rohstoffe nach Deutschland ver- schleppt und ausschlaggebende Industriezweige stillgelegt worden waren, begann die systematische Ausraubung und Zerstörung der eigentlichen Fabrikgebäude. Die Anordnungen dazu gingen von der deutschen Heeresleitung aus. . . Schon kurz nach Ausbruch des Krieges hatten sich in den wichtigsten belgischen Industriezentren sogenannte deutsche Industriebüros niedergelassen, die Hand in Hand mit den Militärbehörden arbeiteten, die Fabriken und Lageräume durchstöberten und alles mit Beschlag belegten, was ihnen für die deutsche Industrie von Wert erschien. . . In den Traktiergegenden wurden die Webstühle, die Spinnmaschinen und die Transmissions- anlagen von den Kupferlagern befreit. Die Gewinnung von ein paar Kilogramm Metall. . . führte zu einer vollständigen Zertrümmerung der betreffenden Maschinen und Anlagen. . . Die Überreste der Maschinen wurden dann zerhackt und wanderten als Schrott in die deutschen Hochofenwerke. . .“

Und so zeichnet Oehme, anhand detaillierter Dokumen- tation, in mehreren Seiten das trostlose Elend einer blühen- den Industrie, die von heute auf morgen abstirbt, ja ver- schwindet, und einer Bevölkerung, die dem Hungertod ge- weihet. . .

Und doch — nein! Das Volk kann leben; vor dem Ver- hungern rettet es nicht die deutsche Heeresleitung — an dem Bissen wäre mancher erstickt —, sondern ein groß- zübiges, aufopferungsvolles belgisches Werk der Unterstüt- zung aus Vaterlands- und Nächstenliebe, zusammen mit der internationalen „Commission for Relief“, geleitet von dem

Die Stellung der Christlich-Sozialen Reichspartei zu den religiösen Gemeinschaften.

Die Christlich-Soziale Reichspartei erkennt ihre Aufgabe in der Notwendigkeit:

1. Daß die Rettung der Gesellschaft und der Völker zu höherem, sittlicherem Gemeinschaftsleben ohne den Sturz der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht möglich ist.
2. Daß deshalb die Lösung der sozialen Frage, die Befreiung des Proletariats aus der Besitzlosigkeit, Rechtslosigkeit und Heimatlosigkeit die fundamentale Aufgabe der Gegenwart und Zukunft ist, die es gilt mit den Mitteln der Genossenschaft, der politischen Macht und der geistigen Kulturschöpfung zu lösen.
3. Daß diese Lösung nur möglich ist zugleich mit den sittlichen Kräften, welche aus der Religion und der christlichen Weltanschauung fließen.
4. Zugleich aber auch, daß der politische Kampf und der soziale Neuaufbau nur getätigt werden kann von jenen Klassen, welche die ausgebeuteten sind, da sie mit ihrer Selbstbefreiung zugleich auch die Gemeinschaft und die Kultur befreien!

Die CSRP, vereinigt in sich Angehörige aller kirchlichen Gemeinschaften, die aus den Kräften ihrer Gläubigkeit aufbauende und befreiende Arbeit in allen Lebensgebieten leisten wollen. Sie ist weder eine katholische noch eine evangelische Partei, sondern eine christliche.

Die CSRP. erstrebt deshalb weder eine Begründung der Religion noch irgend eine „Einheitskirche“ oder sonstige innerkirchliche Reform. Sie stellt keine neuen Glaubenssätze auf, noch ist sie Sekte.

Sie bejaht die Religionsgemeinschaften, greift in deren inneres Leben nicht ein, wünscht, daß die Angehörigen der Partei innerhalb ihrer Kirchen sich religiös und kirchlich betätigen und dort ihre Schuldigkeit tun. Die Partei tritt darüber hinaus dagegen ein für den Schutz, die Freiheit der Religionsgemeinschaften, der Kirchen.

Wogegen sich die Partei wendet, ist lediglich der Mißbrauch der Religion oder des kirchlichen Amtes und der kirchlichen Autorität zu politischen Zwecken, weil es bei diesen praktisch auf die Stützung bestimmter Parteien und der von diesen gestützten bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung hinausläuft.

In der Frage der Erziehung und der Schule vertritt die Partei den Standpunkt der Gewissensfreiheit und daraus resultierend die Schule des Bekenntnisses der Erziehungsberechtigten.

Die Christlich-Soziale Reichspartei und ihre Forderungen.

Die CSRP. ist eine proletarische Partei, d. h. sie kämpft den Kampf um die Befreiung des Proletariats, damit um die Befreiung aller Unterdrückten und Ausgebeuteten, ganz gleich, ob das Arbeiter, Bauern, Angestellte, Beamte etc. sind und ganz gleich, ob es sich um materielle oder geistige Unterdrückung handelt.

Erstes Ziel ist der Sturz der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, und die Erkämpfung einer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des Sozialismus, d. h. der ständigen Planmäßigkeit, der Bedarfsdeckung, der Warenökonomie. Damit tritt sie in radikalen Gegensatz zu allen sog. „bürgerlichen“ Parteien sowohl der Rechten als der Mitte. Denn diese Parteien stehen auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Diese Gesellschaftsordnung wird von der CSRP. als unsittlich und die Gesellschaft zerstörend betrachtet. Gerade der Weltkrieg und die weitere Entwicklung seit dem Weltkriege hat die europäische Zivilisation in ihrer satanischen Natur bewiesen. Europa wird heute von dieser Zivilisation beherrscht. Jedes Sittengesetz wird gebrochen. Keine Lüge ist zu schlecht, um nicht angewandt zu werden, wo es gilt, die Herrschaft des Kapitalismus aufrecht zu erhalten. Die Gesellschaft ist nur noch dem Namen und der Lehre nach christlich. In Wahrheit aber betet sie den Mammon an.

Die Umachen liegen in der Beherrschung des Materiellen über die Menschen. In der Beherrschung des Eigentums und des Geldes über Menschen und Gesellschaft. Im Mittelpunkt des kapitalistischen Schaffens steht nicht der sittliche Mensch, sondern der Profit!

Aus diesem Wesen heraus kommt die Gesamteinstellung der CSRP. Sie betrachtet alle Fragen unserer Zeit, vor allem die politischen, unter diesem grundsätzlichen Gesichtswinkel. Sie weiß aus dieser Erkenntnis, daß alle andere Arbeit Symphasarbeit bleiben muß, weil die wirtschaftlich-soziale Not und die damit verbundene schreiende Ungerechtigkeit zugleich verheerend wirkt und weiter wirken muß auf alle sittlichen, seelischen, politischen Entwicklungen der Gesellschaft, des Volkes. Darum stellt sie diese Frage allen anderen voraus. Wie die Natur zuerst notwendig ist, wenn die Gede die Natur wirken soll, so muß auch erst eine sittliche, natürliche Ordnung des ganzen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Geschehens den natürlichen Unterbau für eine höhere Form des stitlichen Gemeinschaftslebens abgeben. Der Mensch muß zuerst Brot, Arbeit, Wohnung haben! Und es muß der Druck schreiender Ungerechtigkeit von den Millionen genommen werden. Krieg und Frieden der Völker hängen davon ab.

Es ist bei allen Bekämpfungen unserer Partei diese Seite immer außer acht gelassen worden. Immer wieder versucht man, die CSRP. mit der religiösen Feme abzutun, aber man bemüht sich nicht, ihre politische Position zu prüfen und von hier aus ihre Wirksamkeit zu beachten. Wir müssen das vor allem auch den Ausführungen von Gickler im neuesten Volksvereinsheft gegenüber feststellen! Immer wieder sagt

„Militarismus.“

Britische Polizeitruppen haben an der Nordküste von Kanada mit Hilfe von Grammophonmusik Ferkeln gejagt! Man hätte die bekannte Vorliebe dieser gütigen Tiere für Musik auf. Ein Grammophon wurde auf die Eisfläche gestellt und in Scharen kamen die musikliebenden Tiere aus dem Wasser, vom Eis, von allen Seiten, um wie gebannt den Tönen, die aus dem Grammophontrichter ertönen, zu lauschen. Mit besonderem Raffinement wählte man eine Symphonie von Beethoven, da man herausbekommen hatte, daß diese „gefühlvolle“ Musik die Tiere besonders gefangen nahm! Waren die Tiere dann ahnungslos der Musik hingeeben, so worden sie von den Truppen aus dem Hinterhalt mit Maschinengewehren niedergeschlachtet! — Soweit der Bericht, dessen Handlung wohl an Rohheit menschlicher Gemeinheit (eine Tierische gibt es nicht!) nicht mehr überboten werden kann. In dieser Handlung liegt aber das eigentliche Wesen des Militarismus verborgen: Sadismus und die blinde Gewalt. Die letztere Eigenschaft, in Wirklichkeit nichts anderes, als Schwäche, denn der innerlich Starke hat dies Mittel (Gewalt) nicht nötig! — Ein Grundrissum oder vielmehr ein gewisses Nichtverstehen war es immer, wenn die Rüstungsindustrie-Presse von dem Naid unserer ehemaligen Feinde auf unser Milde sprach und sie gleichmäßig Militarismus (das, was unsere Feinde geliebten) dar unter verstanden. Militarismus als Begriff ist natürlich ganz etwas anderes, denn ein Militärwesen = Soldaten. Hängt es ursprünglich auch damit zusammen, so ist Militär eine Streitmacht, Militarismus aber das Unterjochen, die Beschlagnahme einer Persönlichkeit, eines Individuums — unter einem Kadavergehorsam. Ein Feldweibelleben, ein Gamaschengeist auch im Zivilleben!

Man muß sich davor hüten, den Militarismus allein bei uns zu sehen. O nein, die Vertreter dieser Gewaltmaßnahme sind in allen Kulturstaaten reichlich vorhanden, an ihrem Gesichtsausdruck, an ihrem Gebahren in internationaler Gleichmäßigkeit unschwer zu erkennen! Doch hat gerade das deutsche Volk von jeher eine ganz spezielle Veranlagung nicht nur zum Militär (also zum Soldaten = nötigen Schutz) gehabt, sondern zum gerügten und gehäbten Militarismus. Ja mehr, es hat in Verfolg dieser Veranlagung gerade besonders Exemplare gezüchtet. Es steht wohl heute für jeden vorstellbar denkenden Menschen fest, daß uns der Militarismus, dieser Gamaschen-

man, wir „verstoßen gegen katholische Lehren“. Aber man bemüht sich nicht, unsere Grundsätze klarzustellen. Das gilt vor allem für die Eigentumsfrage! Was dort immer wieder als unsere Einstellung zum Eigentum herausgestellt ist, ist falsch.

Unsere grundsätzliche Einstellung zum Eigentum: Sie ist im Parteiprogramm festgelegt und die Jahre her auch im „N. V.“ vertreten worden. Die CSRP. kann das heutige getäugelte Eigentumsrecht des Kapitalismus nicht anerkennen. Dieses Eigentumsrecht des Kapitalismus lautet: „Was du ergattern kannst, erwuchern kannst, das gehört dir!“ Dem stellen wir entgegen: Rechtmäßiges Eigentum kommt nur aus der ehrlichen Arbeit! Eigentum aus Diebstahl und Raub, aus Ausbeutung der anderen Menschen ist kein Eigentum, sondern ist dem anderen gestohlen. Ist Verurteilung gegen das 7. Gebot. Die Dividenden von heute, die Zinsen, die Riesengehälter und Riesengewinne einer dünnen Schicht, aus denen sich dann neues, kapitalistisches „Eigentum“ zusammenballt, kann von uns niemals als Eigentum anerkannt werden.

Dagegen bejahen wir das Eigentum an den Gütern, die die Menschen sich wirklich erspart haben aus ihrer Arbeit, ihrem Verdienste. Wir wollen dem Bauern sein Eigentum nicht nehmen, sondern wir wollen sogar dies wirkliche Eigentum, das der Schaffensbauer sein eigen nennt, festigen, es in einem neuen Bodenrecht fundamentieren, es frei machen von der Verschuldung, ihm den Charakter der Handelsware nehmen und damit jede Bodenspekulation abschnüren. Wir wollen den wahrhaft freien Bauern auf wahrhaft freien Grunde. Wir wollen den wirklichen Bauern bewahren und sichern vor der Enteignung durch das heutige Zinskapital, den Boden- und Zinswucher!

Wenn wir die Enteignung des Großgrundbesitzes verlangen, so verlangen wir auch hier nichts, was gegen irgend ein christliches oder sittliches Korrelat verstößt! Die Enteignung

geist, diese gewalttätige Besitznahme des Ichs und die damit verbundene Oberhehlichkeit in der ganzen Welt verhaßt gemacht haben und uns selbst stöhnen machte. Steht auch außer Zweifel, daß wirtschaftliche Bedingungen (Benzin resp. Eröberung von Petroleum- und Ölfeldern) den Weltkrieg — wie alle anderen Kriege — heraufbeschworen haben, so geht man auch nicht fehl, wenn man als unwiderlegbar betrachtet, daß unser Militarismus, vor allem an der Möglichkeit der ungeheuren Presseschutz gegen unsere Heimat und unser Volk sehr beteiligt war, daß eben dieser Militarismus (brutale Gewalt, Kadavergehorsam) hinter der Front (Belgien, Polen etc.) so furchtbare Folgen zeitigte, daß die Lüge von Deutschlands Alibi-schuld am Kriege in der übrigen Welt so feste Wurzeln faßte, konnte! Nicht nur dies: Man konnte mit der Ausschaltung unseres Militarismus drüben auf der anderen Seite das eigene schlechte Gewissen über die Ursachen des Krieges zudecken oder zeitweilig vergessen machen. — Deutschland hatte an exponierter Stelle typische Vertreter des Militarismus! Es dürfte in diesem Zusammenhang erwähnenswert sein, eine Äußerung publik werden zu lassen, welche Kaiser Wilhelm II. über Ludendorff schon 1915 gemacht hat. Wilhelm und seine Gemahlin hatten eine ausgesprochene Antipathie gegen den General. Diese Antipathie ging sogar so weit, daß Wilhelm II., als Hindenburg Ludendorff als Chef des Stabes Ober-Ost ansagte, antwortete: „Wird mir diese ekelhafte Feldweibelfresse schon wieder serviert!“ — Wenn freisteht, daß die Völker von dem unerbittlichen Joch des Kapitalismus befreit werden müssen, so muß als die erste Voraussetzung dazu die Überwindung des Militarismus sein! Zum Schluß ein Wort des so oft von „Militarismus-Gnaden“ abstrahiert und für seine Zwecke beanspruchten Nietzsche:

„Das Mittel zum wirklichen Frieden: Jedes Volk sagt, wir brauchen zu unserer Selbsterhaltung ein Heer. Diese Voraussetzung ist eine Inhumanität, schlimmer als der Krieg, sie ist die Aufforderung und die Ursache zu den Kriegen. Es kommt vielleicht der Tag, wo das sieghafte, durch höchste militärische Leistungen ausgezeichnete Volk sagt: Wir zerbrechen das Schwert! Sich wehrlos machen, während man selbst der Wehrhafteste war, aus einer Höhe der Empfindung heraus, da ist das Mittel zum wirklichen Frieden!“

Dann ist der Anfang dazu gemacht, daß die tierischste aller Dummheiten, der Krieg — ähnlich wie die Menschenfresserei, auch eine gewisse Barbarei — der Vergangenheit angehören wird!
K. H.

spanischen Botschafter Villalobar und dem amerikanischen Mr. Whitlock.

Deutsche Wohlthätigkeit aus den Händen der Militärs? „Erpressen Sie uns diese bittere Ironie“, schreibt Kardinal Mercier an Generalgouverneur von Bisings:

„Die Arbeitslosen fallen nicht der öffentlichen Fürsorge zur Last, nicht von Ihren Finanzmitteln kommt ihnen die Hilfe.“

Der deutsche Generalgouverneur wußte das sehr genau. Er wollte die Deportationen gar nicht, und es gibt in der neuesten politischen Dokumentenliteratur kaum Tragischeres als die Koresspondenz Bisings, des sehr ehrenhaften, aber wenig willensstarken Gouverneurs von Belgien, mit seiner Regierung und seiner Heeresleitung: „Er könne und wolle nicht die Verantwortung übernehmen“ (für die Massendeportationen), schreibt er in einem Memorandum vom 25. September 1916. „Kein kultivierter Staat“ habe ein Mittel, um Menschen zur Arbeit zu zwingen. Aber am 25. November 1916 bedauert er, in einem vertraulichen Schreiben an Hindenburg, daß anstatt 20 000 Arbeiter wöchentlich nur 8000 angefordert würden, und schließt mit der Versicherung:

„Ich werde nur das deutsche Interesse im Auge haben, selbst wenn man sich endgültig, entgegen dem bisher befolgten Wirtschaftssystem, zu einer Politik außergewöhnlicher Ausbeutung des Landes entschließen sollte.“ (Wörtliche Übersetzung aus der von der Carnegie-Stiftung herausgegebenen „Histoire économique et sociale de la guerre“ von Fernand Passelocq.)

Der Generalstab hätte den Gouverneur mit einer leichten Konzession in der formalen Begründung der Sklavenjagd gefügig gemacht.

Wie zahlreich die „freiwilligen Eintragungen“ der belgischen Arbeiter in die Listen der Arbeitsbataillone gewesen sein mögen — die deutschen Statistiken bezeichnen die Mehrzahl der Deportierten als „Freiwillige“ — das zeigt der amerikanische Botschafter Whitlock auf Seite 382 seines Buches „La Belgique sous l'Occupation allemande“ (Berger-Levrault, Nancy-Paris-Strasbourg):

„Man scharte die Männer herdenweise in Sälen zusammen, dann ließen Unteroffiziere sie hinausgehen, wobei sie jene zwei Worte aussprachen, die eine düstere und verhängnisvolle Bedeutung annehmen:

„Links — Rechts!“

Die, zu denen „Links“ gesagt wurde, gingen durch eine Tür hinaus, die mit „Rechts“ Angeredeten durch eine andere. Das erste Wort bedeutete Sklaverei, das letztere Freiheit — für den Augenblick wenigstens. Manchmal fand am selben Ort eine zweite Razzia statt: dann sah man Frauen sich weinend den Ulanen zu Füßen werfen, die sie mit ihren Karbatschen wie Hunde zurückschickten. Männer und Frauen erschauerten bei diesem Worte: „Nach Deutschland verschickt.“ Damit das Gestirn vollständig würde, herrschte immer strengere Elite: alle Tage führten die Züge haufenweise Männer fort, wie Vieh, in offenen Wagen, ohne warme Kleidung, ohne Nahrung, ohne ihnen Zeit zu lassen, sich für die schreckliche Reise vorzubereiten. Und immer, bei der Abfahrt, sangen sie die „Brabançonne“ oder die „Marseillaise“ und riefen:

„Nous ne signerons pas!“

„Wir unterschreiben nicht!“ Und die doch unterschrieben, unter solchen Umständen, unter der zum Schlage erhobenen preußischen Faust — dürfen sie „Freiwillige“ genannt werden!

Es ist auch nicht richtig, daß nur Arbeitslose deportiert wurden. In Etalle in der belgischen Provinz Luxemburg — um nur eines von vielen amtlich beglaubigten Beispielen anzuführen — wurden eine ganze Anzahl Landwirte, Geschäftsleute, Schuhmacher, Schneider, Fleischer und Studenten deportiert; an anderen Stellen selbst Angestellte der öffentlichen Wohlthätigkeit, der es doch gewiß nicht an Arbeit mangelte. In Gent begann man im Sommer 1918 sogar mit der „Requirierung“ von Frauen, und in der schon erwähnten Broschüre von Walter Oehme berichtet (S. 33) der Augenzeuge Redakteur Emil Rabold:

„Ich weiß z. B., daß bei den Deportationen in Perwez im März 1918 ganz willkürlich alles verschleppt wurde, was zwischen 15 und 60 Jahren alt war. Ich habe Greise gesehen, die mit Fieber belastet waren, Idioten, die nur Worte lallen konnten, 15jährige Knaben, die von der Schwindsucht geplagt wurden, ärtliche Atteste weinend vor die Augen der deutschen Offiziere hielten und um Nachsicht baten. Es war zwecklos.“

Es waren unsere Machthaber, die dem belgischen Volke Tage bereiteten — Jahre! —, von denen der Gesandte des unsentimentalen Amerika sagt, er frage sich:

„wie wir die furchtbaren Tage haben durchleben können... diese Rückkehr zur Sklaverei! Ich konnte meiner Regierung nur schreiben, es sei, um an der Menschheit zu verwarnen!... Ich empfand es wie eine Schande, daß ich in dem kalten Stille des amtlichen Berichtes schreiben sollte, wo man hätte schreiben wollen, seinem Zorne und seiner Entrüstung Luft machen, alle diplomatische Höflichkeit fahren lassen und einmal wenigstens die Dinge beim rechten Namen nennen: Sklaverei sagen und nicht Deportation!“

ist in sich nicht ausgeschlossen. Selbst Leo XIII. gibt dem Staate das Recht, übermäßigen Reichtum und Besitz dort wegzuversteuern, wo es das Wohl der Allgemeinheit verlangt. Auch die Reichsverfassung läßt diese Enteignung dort zu, wo das Wohl der Allgemeinheit es verlangt. Und das Wohl der Allgemeinheit in heutiger Zeit verlangt das nicht nur, nein, sie fordert es stürmisch und unabwendbar, wenn unser Volk nicht vollends verkommen und versinken soll. Wir können uns auch gar nicht denken, daß irgend eine Religionsgesellschaft ein Interesse oder einen sittlichen Grund haben könnte, vom weltanschaulichen Standpunkte aus, den Reichtum einiger ostpreussischer, oberschlesischer Gütermagnaten zu beschützen, während Millionen, die Hälfte des deutschen Volkes, ohne einen Fleck deutschen Grund und Bodens sind, enteignet sind! Es geht überhaupt nicht um eine „Enteignung“, sondern darum, daß die Millionen Enteigneter ihr rechtmäßiges Eigentum erhalten! Wenn all die Kritiker unserer Partei, vor allem auch Gickler, diese Tatsache nur einige Stunden lang durchgedacht hätten, könnten sie nicht zu so oberflächlichen und falschen Schlußfolgerungen kommen, wie sie sie aufgestellt haben.

Diese Enteignung des Großgrundbesitzes ist an sich vom weltanschaulichen Standpunkte aus nicht zu beanstanden, wenn dabei die sittlichen Forderungen praktiziert werden, die diese Weltanschauung dabei stellt. Es kommt nicht darauf an, daß man enteignet, sondern wie man enteignet. Der Kapitalismus enteignet als Diebstahl! Die CSRP. will Enteignung als Wiederherstellung des sittlichen Rechtes. Auch dem Enteigneten soll sein Recht werden. Er muß soviel behalten, daß seine Lebensexistenz und die seiner Familie ebenfalls gesichert ist. Und die Art der Enteignung kann auf dem Wege der Wegversteuerung oder einer anderen gerechten Entschädigung vor sich gehen. Aber auf jeden Fall muß darauf hingearbeitet werden, daß wir Siedlungsland im großen Ausmaße erhalten, daß im Osten und Norden neues Bauerntum entsteht an Stelle heutiger entvölkerteter Gebiete. Wer sich annäht, eine solche Forderung als „gegen das christliche Eigentumsprinzip verstoßend“ darzustellen, der leistet dem christlichen Eigentumsbegriff selber den aller-schlechtesten Dienst. Denn ein Recht, das so was in sich enthalten würde, hätte jeden Anspruch auf einen sittlichen Gehalt verwirkt.

Das Experiment der letzten Karte.

Der katholische Klerus hat auf bestimmte Weisungen hin in letzter Zeit mit aller Macht und Kraft sich eingesetzt für die Zentrumspartei. Der Niedergang dieser Partei und besonders der katastrophale Wahlausfall der Maiwahlen 1928 haben in kirchlichen Kreisen noch nicht zur letzten notwendigen Konsequenz geführt: nämlich Lösung der Parteipolitik von der konfessionellen Dogmatisierung. Man glaubt noch einmal eine „Einheitsfront“ der deutschen Katholiken parteipolitisch herstellen zu können. Man geht zurück in die Ideologie der 70er Jahre vorigen Jahrhunderts. Verständlich ist dies Bestreben, aber es ist falsch. Es rechnet nicht mit den Wirklichkeiten, Tatsachen des Lebens, Tatsachen der politischen und der damit auf das engste zusammenhängenden wirtschaftlich-soziologischen wie politischen innen- wie außenpolitischen Zusammenhänge und Auswirkungen.

Und man übersieht dabei religiös gesehen auch die anderen Tatsachen, daß mit keiner Parteipolitik mehr die immer mehr sinkende Religiosität und tiefe, innere Sittlichkeit gehoben werden kann, sondern daß dazu eine ganz intensive, konzentrierte Neuchristianisierung des christlichen Volksteiles in innerer Seelenkultur und Vertiefung des ganzen religiösen Lebens in Familie, Gemeinde und Gesellschaft von der seelsorgerlichen, erzieherischen, sakramentalen Seite her notwendig ist. Man setzt noch einmal auf die „letzte Karte“.

Dr. Teipel, bekannter Zentrumsjournalist, schreibt darüber in der „Deutschen Republik“ Heft 13 v. 28. Dezember 1929:

„Aber es ist nur ein Experiment! Wenn dieses forcierte Bekenntnis des katholischen Klerus zur Zentrumspartei nun nicht den Erfolg hat, den es haben soll, wenn der Aufwand an kirchlicher Autorität, der hier versucht wird, nicht dazu

führt, daß sich die versprengten Katholiken wieder parteipolitisch sammeln, wenn trotz dieses demonstrativen Beispiels sich die Abwanderung, die schon seit Jahren und Jahrzehnten begonnen hat, aber in der Demokratie besonders auffällig war, weiterhin kontinuierlich fortsetzt, wenn sich sehr bald mehr Katholiken den parteipolitischen Lebenskreisen des Nationalismus oder des Sozialismus angeschlossen haben, als noch zu dem des Katholizismus gehören, — was dann? . . . Gelingt das Experiment des katholischen Klerus nicht, dann wird er gezwungen sein, um der Einheit des katholischen Lebens willen in Deutschland alles zu tun, damit das deutsche Parteiensystem entdogeniert wird, damit es seine weltanschauliche Struktur verliert. Das braucht nicht zu heißen, daß dann die Verbindung zwischen Politik und Weltanschauung aufhört, daß es alsdann keine Politik aus Weltanschauung mehr gäbe, das würde nur bedeuten, daß für die Weltanschauungen selbst keine besonderen Parteien mehr da seien, daß Weltanschauungen und Parteien für einander verpflichtet wären. Dann würde der katholische Klerus ein Interesse daran gewinnen, daß wir ein Parteiensystem bekämen, das durchaus politisch wäre, ohne der idealen Motive dabei zu entzraten. Ein Beispiel gibt England. Es ist um den dortigen Katholizismus, obwohl er nur knapp vier Prozent der Bevölkerung ausmacht, nicht ungünstig bestellt, denn er vermag es, wie die letzten Wahlen gezeigt haben, die drei großen Parteien trotz seiner zahlenmäßigen Schwäche auf seine Wünsche zu verpflichten.“

„Das Experiment der letzten Karte“ kann heute schon als mißlingen bezeichnet werden. Es fehlen für dieses Gelingen alle Voraussetzungen. Es ist nur schade um die verpuffte Kraft, vergebende Autorität und verlassene Zeit, die für Anderes, Besseres, Positiveres, Zukünftigeres hätte aufgewendet werden können.

Woran kranken unsere Parteien?

Im „Dortmunder Generalanzeiger“ schreibt darüber W. Klein, Düsseldorf:

Zwei Schlagworte sind es, die in den politischen Alltagsdebatten in den verschiedensten Varianten immer wiederkehren, hinter deren vulgären Form aber eine tiefe Wahrheit steckt und die den Kern der Krankheit unseres politischen Lebens treffen:

In den Parteien herrscht der Honne, und: „Die da oben“ machen sich gesund.

Mehrere der Diskussionssteilnehmer sehen das Heil in einer neuen sozial-republikanisch-paeästischen Partei, die übersehen aber z. T. daß Neugruppierungen an sich keine Bürgen für eine Erneuerung des politischen Lebens sind. Auch hat es mit dem politischen Gesundheitszustand eines Volkes nichts zu tun, ob zwei oder zwanzig Parteien im Parlament vertreten sind; es ist dies in erster Linie ein Ausdruck des Volkscharakters. Wir wollen hier nun nicht untersuchen, ob und inwieweit Neugruppierung der Parteien im Augenblick möglich bzw. wünschenswert ist, sondern wollen die von verschiedenen Diskussionssteilnehmern empfohlenen Musterbeispiele etwas beleuchten.

H. Krauschütz z. B. steht in dem französischen Parteiensystem, wo die Grenzen zwischen den Parteien — aber auch nur (und das übersteht K.) zwischen den bürgerlichen, nicht den sozialistischen Parteien, sehr fließend sind, ein (für uns empfehlenswertes) Ideal, zum mindesten, aber das kleinste Übel. In Frankreich kann man aber, von den sozialistischen Parteien abgesehen, von Parteien in unserem Sinne eigentlich gar nicht sprechen. Es sind dies nichts anderes als lose Wahlgemeinschaften, eine Organisationsform, die der Psyche des Franzosen, der alle Straßen organisch-herbischen Bindungen hat, entspricht. Die sozialistische sowohl wie die kommunistische Partei sind jedoch ebenso streng organisiert, und die Abgeordneten sind dem Fraktionszwang ebenso verpflichtet wie in Deutschland. Wenn trotzdem das politische Leben, vor allem in der sozialistischen Partei, gesünder ist wie bei uns, so liegt das an der dort wirklich vorhandenen innerparteilichen Demokratie.

Die große englische Arbeiterpartei — H. von Gerlach's Ideal — ist auch keine Partei in unserem Sinn, sondern eine Dachorganisation, d. h. sie ist eine Zusammenfassung einer größeren Anzahl politischer, wirtschaftlicher und kultureller Organisationen, mit völlig selbständigem politischen Leben.

Ebenso die in Rußland herrschende kommunistische Partei ist keine Partei nach unseren Begriffen, sondern ein politischer Orden, mit allen Licht- und Schattenseiten dieser Organisationsform. (Langjährige Probeszeit vor Aufnahme in die Partei, sehr geringe Bezahlung selbst der höchsten Staats- und Parteistellungen, ständige schärfste Überwachung

selbst des Privatlebens, absoluter Gehorsam gegen die Leitung.)

Alle diese verschiedenen Organisationsformen sind organisch gewachsen und entsprechen immer dem betr. Volkscharakter, man kann sie daher auch niemals schematisch auf ein anderes Land übertragen. Wohl aber können wir in Deutschland manches Gute von ihnen übernehmen. Man denke sich z. B. das System der französischen Sozialisten auf die deutschen Parteien übertragen. Dort Wahl der Delegierten in Urwahl nach dem Proporz und auf dem Parteitag kein Stimmrecht der Abgeordneten, des Vorstandes, der Sekretäre; nur die Delegierten haben Stimmrecht. In Deutschland gibt es nur eine Organisation mit dieser Bestimmung, die Friedensgesellschaft. Auf deutschen Parteitagen sind in der Regel 25 bis 40 Prozent der Stimmen in der Hand der Obersten, dem sog. „Herrenhaus“. Kann da jemals die Meinung der Mittelklasse zum Durchbruch kommen? Ist das Demokratie? Nein, das ist eine Parodie! Wie empfehlenswert wäre auch die Übertragung der englischen parlamentarischen Umgangsformen auf die deutschen Parlamente und auf das öffentliche politische Leben! Wie würde das politische Leben durch die Einführung solcher russischer Grundsätze gesunden. Wäre nicht eine scharfe Überwachung und eine gute Portion gesunden Mißtrauens, auch den „da oben Sitzenden“ Parteimitgliedern gegenüber, am Platze? Würde es nicht ein ungeheures moralisches Plus in den Augen der Massen bedeuten, wenn kein Minister, kein Oberbürgermeister, kein Direktor öffentlicher Betriebe mehr als, sagen wir 10 000 Mark (außer den absolut notwendigen Aufwandsgebern), verdienen würde? Wie könnte man dann z. B. im Parlament der „notleidenden Wirtschaft“ die Marko vom Gesicht reißen, wo es ja bekanntlich Einkommen über eine Million gibt, ja wo ein Generaldirektor mehr verdient, wie sämtliche Reichs- und Staatsminister zusammen? Was tun jetzt die Parteien ernsthaft dagegen? Nicht! Mühte nicht auf jedes Kleinod der sogenannten Wirtschaft sofort ein Redner der Linksparteien und der Regierung diesen Moralprediger die Direktionsmillionengehälter um die Ohren schlagen? Das tut man aber nicht, das kann man heute nicht, man ist zu sehr Nutznießer dieses Systems. Und die Parteimitglieder? Die haben nichts zu sagen. In keiner Partei bei uns gibt es eine wirkliche innerparteiliche Demokratie. Überall herrscht der Parteisekretär, der Honne. Darüber hinaus sind aber das Zentrum sowohl wie die Sozialdemokratie keine Parteien im Sinne des Wortes mehr, sie sind Parteikirchen. Nicht die Idee ist da mehr das Ausschlaggebende, die Partei ist das höchste Prinzip.

Als die Diktatur eines Hugenberg zu arg wurde, zogen die Treubranner-Lambach den Trennungstrieb. Die Partei war noch nicht zur Kirche erstarrt, die Idee stand der Opposition höher wie die Partei. Die Zentrumsgewaltigen aber können die Drosseln-Inbusch noch so sehr vergrößern, wenn die „Einheitsfront“-trompete erschallt, kriechen sie zu Krauss. Mögen die NSDAP-Reverie Parteifreunde bauen, mögen die Welt-Breitscheid militärische Wehrprogramme „durchbringen“, mag Hilferding Steuer-„Reform“ die arbeitenden Massen belasten und die Bestenenden entlasten, die Opposition Soydwitz-Strebel (an deren erblicher Erbschaft niemand zweifelt) verliert höchstens den Saal vor der Abstimmung. Die Partei steht ihnen höher wie die Idee.

Was folgt aus alledem?

Drei Dinge müssen, wenn unser politisches Leben gesunden soll, wieder höchstes Prinzip der Parteien werden:

Wirkliche innerparteiliche Demokratie,

Höher wie die Partei die Idee,

Absolute Sanbtheit.

Ob unsere alten Parteien zu dieser Reform noch fähig sind, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Neue Parteien, die nicht auf dieser Basis beruhen, gehen denselben Weg wie die bisherigen.“

Was hier geschrieben ist, hat die CSRP. schon lange erkannt. Aus diesem Grunde hat sie keinen Funken Hoffnung auf die alten, verkrampten und verbotenen Parteien, die erstarrt, von oben aufgebaut sind, in denen das Volk und die Wähler nichts zu sagen haben, wo nur die Prominenten ihre guten Posten halten und erhalten. Und sie hat gerade deshalb zur neuen Partei gegriffen. Und in unserer Partei muß diese innere Demokratisierung, die Kontrolle der eigenen Führer lebendig bleiben. Bisher haben wir das gehalten und wir werden streng darauf achten, daß das immer so bleibt, damit die neue Partei vor solcher Verbotung und Verbürokratisierung bewahrt bleibt. Nur dann gibt sie auch Gewähr, daß sie nicht versagt, d. h. nicht anders handelt, als sie redet, schreibt, dem Volke voranst!

Wer leiht einem Parteifreund 500 Mark

gegen entsprechende Verzinsung zur Fertigstellung seines Eigenheimes? Der Betrag ist weitgehend gesichert und kann in den nächsten Jahren zurückgezahlt werden. Angebote unter P. R. an „Das neue Volk“, Würzburg.

Ja, Sklaverei. Die Zwangsaushebung — und auch die Zwangsarbeit selbst.

Die belgischen Deportierten — das war der Sinn der ganzen Deportationsaktion — waren zivile Soldaten Hindenburgs; wenn sie nicht mit der Waffe kämpften, sondern in Deutschland auf dem Acker und in der Fabrik arbeiteten, Schiffe luden und Säcke schleppten — es war Arbeit für Deutschlands „Durchhalten und Aushalten“; jeder Monat für Deutschlands Machtstellung gewonnen, war für Belgiens Befreiung verloren.

Mehr noch: jeder Belgier, der zivile Arbeit leistete, machte einen Deutschen frei für militärische; er war der Stellvertreter dessen, der zur Knechtung belgischer Volksbrüder ausziehen mußte.

Hinter der Front in Nordfrankreich wurden Tausende von Belgiern mit Legen von Eisenbahnlängen, Aufwerfen von Schützengraben, Verladen von Munition und Proviant beschäftigt: eine Maßnahme, die das Völkerrecht aufs klarste verbot und die jedes menschliche Gefühl aufs tiefste verabscheuen muß.

René Hennig, Sekretär eines Hilfswerkes für die Deportierten, hat über die scheußliche Behandlung und die unwürdigen Arbeitsbedingungen der Deportierten ein Buch geschrieben: „Les Déportés de la Belgique en Allemagne et dans le Nord de la France“ (Bruxelles, Vromant, Editeur). So sehr die darin gesammelten Berichte (von Deportierten, von unbeteiligten Augenzeugen, von Geistlichen, von Deutschen selbst), so sehr sie zu Zitaten reizen wegen der Ungeheuerlichkeit der Zustände (5—6 Belgier von 400 starben täglich im Kommando Tessendorf bei Marienburg)

und der hundertstimmigen Anklage, die hier ergreifend sich erhebt — ich zitiere nicht. Das deutsche Volk hat seine eigenen Leiden, unter der Herrschaft der Kohlruhe und jeder Art von „Zwangswirtschaft“, nicht vergessen. Daß über den belgischen Arbeitern die Knute herrschte und in ihnen die brennende Qual des Dienstes für die brutale und kälteste feindliche Macht, das ist der Unterschied — der abgrundtiefe, furchtbare Unterschied . . .



Man kann nicht von den Deportationen sprechen, ohne der moralischen Wirkung zu gedenken, die ihre Durchführung ausübte. Aber — es ist entsetzlich — man kann und man muß in diesem Kapitel von Deutschland schweigen. Es erhob sich, um zu protestieren, nicht eine Stimme von Klang; jedenfalls ist nicht eine stark genug gewesen, um — das Schweigen zu übertönen. Und doch hat die Welt — durch das Schlachtgetöse hinübergelauscht, „das Volk der Deutschen mit der Seele suchend“; und all die „feindlichen“ Bücher über die Deportationen registrieren jeden deutschen Soldaten, der weinte, jeden deutschen Offizier, der sich schamvoll abwandte; und das registriert nicht „der Feind“, gierig nach deutschen Schuldbekennnissen, sondern der Mensch, aufatmend über eine Spur von Menschlichkeit dort, wo die Menschheit keine Sprache oder keinen Mund mehr besaß.

Aber außerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzen hat die Menschlichkeit gesprochen, laut, gebieterisch und — obwohl gegen uns — das Recht wiederherstellend.

Der Papst erhob seine Stimme, die über Grenzen und

Ozeane dringt, und sandte dem belgischen Volke und seinem glühendsten geistlichen Führer, dem Kardinal Mercier, seinen besonderen Segen; und (laut dem Zeugnis des zitierten amtlichen Werkes von Passelcoq) gehörte dem Heiligen Vater — seinen Schritten bei Kaiser Wilhelm — der Dank für die Einstellung der Deportationen im Frühjahr 1917. Kardinal Mercier, der mit dem Generalgouverneur von Büssing in einer langen und leidenschaftlichen Korrespondenz um die Befreiung der Sklaven rang — in diesen Briefen verteidigt er mit hinreißender Kraft und unerhörtem Sprachglanz die Grundgesetze des Christentums, ein unvergleichlicher Anwalt des göttlichen Rechts — rief am 31. Januar dem Statthalter des preussischen Cisar seinen Protest ins Gesicht.

Die belgischen Arbeiter riefen in einem erschütternden Appell die Welt um Hilfe an — Holland, Spanien, die Vereinigten Staaten sammelten, beteten, intervenierten für das gemarterte Volk.



So haben wir jahrelang die Brutalität verkörpert. Wir waren nicht mehr nur ein Volk, ein Staat; in den Augen der Welt war Deutschland ein Prinzip geworden: das Prinzip der rechtlosen Gewalt.

So schnell vergißt sich das nicht; so schnell vergessen nicht 120 000 Menschen, die 1916/17 Deutschlands Sklaven waren, und die heute abends mit Frau und Kind an belgischen Kaminen sitzen und Dinge erzählen, die wie Märchen klingen . . .

Entnommen der Belgien-Sondernummer der „Allgemeinen Rundschau“, 10. 17. 1929

Volkverein und CSRP.

Das letzte Volksvereinsheft Nr. 6, 1929, behandelt die „Vitus Hellerbewegung“ und die „Hitlerbewegung“.

Wir erkennen an, wenn über die neuzeitlichen, politischen Bewegungen der Volksverein objektiv aufklärt. Wir müssen aber sagen, daß das in beiden Fällen nicht geschehen ist. Wenn das Heft — Herr Giebler — zur Beurteilung der Bewegung der CSRP, nur die Begründungen des Erlasses des Freiburger Erzbischofs heranzieht und dazu Begründungen aus einigen Sätzen, deren Sinn nun wiederholt im NV, als das Gegenteil besagend erklärt worden ist, dann hat das mit objektiver Darlegung nichts zu tun. Auch die Heranziehung der Forderung der „Enteignung des Großgrundbesitzes“ zur Stützung der Behauptung, die CSRP, „verstoße gegen das christliche Eigentumsprinzip“, ist dieser selbsten Oberflächlichkeit entlehnt. Es stimmt eben nicht! Es müßte erst untersucht werden, inwieweit, wann und wo eine Enteignung gegen dieses Prinzip verstößt. Und man müßte erst ebenso objektiv untersuchen, wie die CSRP, diese Enteignung praktisch ausführen will und wie ihre wirkliche grundsätzliche Stellung zum Eigentum ist. Daß dies das Heft vollständig überschlägt, macht die Arbeit zu einer sehr schlumpigen, wenn diese Dinge nicht wissenschaftlich und vorsätzlich dem Volke unterschlagen werden sollten.

Auch die Hitlerbewegung wäre von einer ganz anderen Seite aus zu behandeln. Nicht nur in der äußeren Gefahr einer etwaigen Frontierung gegen Rom. Diese besteht, sicher, aber es handelt sich um viel Tieferes, um den ganzen Geist, der der Geist des Militarismus, der Staatsvergötzung ist. Aber wer das herausstellen will, muß eben selber von diesem Geiste frei sein!

Wichtig ist die Darlegung, daß die CSRP, immer „radikaler“ geworden ist, daß Vitus Heller heute „Revolutionär“, nicht mehr reformistisch eingestellt sei! Das ist ein Plus! Es kommt aus der täglich gesteigerten Erkenntnis, daß mit den „Reformpflasterchen“ eben nichts mehr zu machen ist. Diese Tatsache steht fest!

Wenn das Heft zum Schluss: die Zentrumsleute zur Bestimmung aufruft, so ist das gut! Mögen sie sich bestimmen auf das, was ist, was aber wirklich ist! Und je mehr sie sich bestimmen, desto mehr wird auch bei ihnen, wenn sie ehrlich fragen, die Überzeugung kommen: Nein, es ist von den bisherigen politischen Methoden und Parteibildungen nichts zu erhoffen. Denn wenn diese Rettung bringen könnten, müßten sie es bewiesen haben. Sie haben aber nicht verhindern können, daß der Karren des schaffenden Volkes immer tiefer sank. Wer das nicht verhindern kann, wenn er in der Macht sitzt, kann unmöglich die Befreiung, die Rettung bringen. Darauf aber kommt es an! Und wer nun

vor Bewegungen warnt, die diesen Weg beschreiten, der bricht diesem Volke das Rückgrat, der wirft besonders den unteren Massen, den Arbeitern und Bauern, Prügel in den Weg ihrer Befreiung vom Kapitalismus! Das Volksvereinsheft stellt sich auf den Boden der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung — die CSRP, und „Hellerbewegung“ aber verneint diese — das ist der Unterschied! Mit dieser Verneinung muß selbstverständlich auch die volle Negation dieser Gesellschaftsordnung logisch kommen! Daraus muß die Kritik fließen! Was uns also vorgeworfen wird, ist kein Vorwurf, sondern wir sind dankbar dafür. Denn zu dieser Negation und Kritik, „Atanden“ Kritik der heutigen teuflischen Zustände rafft sich jene Seite eben nicht auf — das ist, von uns aus gesehen, ein Vorwurf, den wir jener Seite machen!

Vom Volksverein.

Der Volksverein, einst einmal eine mächtige Organisation der deutschen Katholiken, ist in seinem Verlage in Zahlungsschwierigkeiten. Beteiligt als Gläubiger ist Reichskanzler a. D. Dr. Marx mit einer halben Million, außerdem Prälat Dr. Pieper. Andere Kapitalgeber waren kath. Fabrikanten und Weingüterbesitzer. Berliner Großbanken sind mit etwa 1 1/2 Millionen und rheinische Banken mit fast einer Million beteiligt. Die Verpflichtungen sollen über 5 1/2 Millionen betragen. Das Kapital von 1 1/2 Millionen gilt als verloren. (So meldet die Presse: „Vorwärts“, „Würtzb. Generalan.“ etc.)

Es wurde uns in der Zentrumspresse vorgeworfen, daß wir selbst uns unterfangen haben, dem Volksverein einmal Mahnungen zu geben. Wir haben selber ein Jahrbuch für den Volksverein, und zwar sehr intensiv, gearbeitet und glauben etwas davon zu wissen, um auch heute noch einige Worte sagen zu dürfen. Der Volksverein hatte damals, freilich vor dem Kriege, über 800 000 Mitglieder. Seine Zentrale war eine Hochschule ersten Ranges. Die tüchtigsten Köpfe waren dort vertreten.

Nach dem Kriege standen vor ihm ungeheure Aufgaben. Republik, Volksstaat, die Revolution und deren Probleme, die Neuorientierung im ganzen gesellschaftlichen, sozialen, politischen und vor allem im religiös-sittlichen Leben. Hochzeit für eine derartige Organisation, wenn die richtigen Direktiven dagewesen wären. Entscheidung und Scheidung. Die soziale Frage, der Sozialismus, die Eigentumsfrage mußte von ganz anderem Gesichtspunkte aus angepackt werden, als zu Kathedrales Zeiten. Es wurde ein Anstoß gemacht. Rektor Heinen kam mit seinen Schriften: „Solidarismus“ und „Der Mammontismus und seine Überwindung“ usw. Pieper erklärte, daß „ohne die Revolution die Arbeiterschaft das nicht erreicht hätte, was sie heute hat“... Es war ein guter Beginn — aber dann

Der deutsche Geist in Belgien.

„Die Straßen von Gent zeigten in den Herbsttagen 1916 schreckliche Aufzüge. Hunderte von Proletariern zwischen 15 und 45 Jahren, die oft vor Hunger und Entbehrungen so schwach waren, daß sie kaum ihre ärmlichen Bündel zu schleppen vermochten, wurden von den zu Pferde sitzenden Feldgendarmen vorwärts getrieben über den Kornmarkt nach dem Platz de la Vierge. Zu beiden Seiten dieser Sklaventransporte marschierten Militärpolizisten mit umgehängtem Revolver und geladenem Gewehr. Sie stießen die Unglücklichen, die nicht rasch genug gehen konnten, unter wilden Flüchen und Drohungen mit Fußtritten und Kolbenstößen vorwärts. Hunderte von Frauen und Mädchen liefen weinend und schluchzend hinter dem traurigen Zuge her, der wie ein Bild aus dem schrecklichsten zartestischen Sibirien anmutete. Schwächliche Greise und Greisinnen kumpelten tränenlos Augen hinterher, um ihren Söhnen vielleicht das letzte Geleit zu geben. Noch schrecklichere Szenen spielten sich später am Bahnhof Rabot ab, auf dem die modernen Sklaven in Güterzüge verladen wurden, die sie an irgend eine unbekannte Stelle hinter der deutschen Westfront brachten. Keiner der deutschen Soldaten, die als stumme Zuschauer dabei waren, wird in seinem Leben die verzweifelten Wehklagen und wilden Schreie und Verwünschungen vergessen, die die Mütter, Schwestern, Bräute und Frauen ausstießen, als ihre Liebsten wie Schlachtopfer in die Güterwagen gestoen und dort zusammengedrängt wurden, um dann dem traurigen Schicksal entgegengeführt zu werden, durch das so viele einen frühen und schrecklichen Tod fanden...“

Das Gewissen der Welt vermochte er (der preußische Militarismus) mit seiner Lüge nicht einzuschleifen, wohl aber das des gläubigen deutschen Volkes. Es glaubte ja alles, was ihm die „ernste deutsche Presse“ mit Genehmigung seiner Regierung vorsetzen durfte, aber nur nicht die Greuel, die kein allmächtiger Militarismus im besetzten Gebiete tagtäglich verübte. Die sogenannte ärztliche „Untersuchung“ war Komödie. All die schwachen und unterernährten Menschen wurden gleich den Soldaten als „kriegsverwendungsfähig“ befunden. Nur ganz Schwere und Schwerverkrüppelte wurden wieder nach Hause entlassen. Die andern mußten mit den Zivil-Arbeiter-Bataillonen abbrechen, die der Militär-Eisenbahn-Direktion unterstellt und hinter der deutschen Front mit Eisenbahn- und Wegbauarbeiten beschäftigt wurden. Es war harter, schwerer Sklavendienst! Früh mußten sie an die Arbeit, und spät wurden sie zurückgebracht. 25 Pfennig erhielten sie für Kopf und Tag und außerdem ein Essen, wie man es vor dem Kriege keinem Hunde schlechter gab. Faustschläge, Fußtritte und Kolbenstöße und auch „Kitseln“ mit dem Bajonet waren die Aufmunterungsmittel, um Schwache und Kraftlose wieder auf die Beine zu bringen, wenn sie vor Ermattung umgefallen waren. Nachts wurden sie gleich Heringen in zerbrochenen Häusern und Fabriken untergebracht, denen oft das Dach fehlte. Tag und Nacht wurden sie schwer bewacht, von besonderen Mannschaften, die zu diesem Henker- und Sklavenwächterdienst besonders ausgewählt waren. Wer sich aus dieser „Unterkunft“ zu entfernen versuchte, wurde erschossen. Es gab kein Entkommen aus dieser Hölle. Nur der Tod war Befreiung! Feindliche Artilleriefeuer, Fliegerangriffe, Explosionen stürzten unter diesen Sklaven auf. Am meisten

letztgenannten Ursachen erzeugten, waren häufig. Der ärztliche Befund lautete stets: „Allgemeine Herrschwäche!“

Den armen Hinterbliebenen wurde der Tod ihres Sohnes, Gatten oder Vaters nicht besonders mitgeteilt. Sie konnten monatlich eine kurze, inhaltslose Karte und ein von der Zensur genau durchsuchtes Paket an die Unglücklichen senden, und wenn eines Tages eine solche Karte oder ein solches Paket als unbestellbar zurückkam, dann wußten sie, daß der Adressat „verstorben“ war! Lange Wochen später wurde dann eines Tages die Mutter, der Vater, die Frau oder die Braut des Toten auf das Arbeitsamt der Etappenkommandatur vorgeladen, um das ärztliche Bündelchen in Empfang zu nehmen, das er hinterlassen hatte. Seitens wurde ihnen dabei gesagt, wie der Mann gestorben und wo er begraben worden war. Die große Zahl der Arbeitslosen und Unterstützungsbedürftigen reichte für den Moloch Militarismus nicht aus. Er fraß auch die Arbeiter, die beschäftigt waren, und darunter Leute, die schon 20 und 25 Jahre in ihren Betrieben tätig und dort sehr notwendig waren. Sie wurden alle nacheinander in die Sklaverei weggeschleppt. Das „dienstpflichtige Alter“ war bereits bis zum vollendeten achtzigsten Lebensjahr hinaufgeschraubt worden. Aber weil es bald keine Proletarier mehr gab, kam nun auch die besitzende Bürgerschaft an die Reihe: Kaufleute, Fabrikanten, Bankdirektoren, Ärzte, Richter usw. Die Zivil-Arbeiter-Bataillone waren für gewisse preußische Offiziere das geeignete Mittel, um belgische Bürger, die ihnen nicht angenehm waren, ohne besonderes Aufsehen unschädlich zu machen. Es war keine große Seltenheit, daß ein Offizier den Geliebten oder Gatten einer schönen Belgierin, auf die er sein Auge geworfen hatte, in die Sklaverei verschleppen ließ, um seine künftigen Wünsche leichter erzwingen zu können. Bei Nacht und Nebel wurden solche Unglückseligen aus dem Bette geholt und dahin verbracht, wo sie langsam aber sicher und elend „verreckten“ konnten.

Als der preußische Militarismus 1918 zu seiner letzten großen Offensive ansetzte und neues ungeheures Menschenmaterial verschlang, erreichte die Deportierung der belgischen Bürger ihren Höhepunkt. Es kam die schlimmste Zeit für die männlichen Genter, die im Alter zwischen 15 und 60 Jahren standen. Sie waren vor den Schergen des „Mörders“ nicht mehr sicher, der jetzt richtige Menschenjagden veranstaltete. Starke Banden von bis an die Zähne bewaffneten Militärpolizisten drangen auf seinen Befehl am helllichten Tage in die Kaffee-, Bier- und Lichtspielhäuser und den Zirkus der Stadt ein und schleppten die darin weilenden Bürger im Alter von 15 bis zu 60 Jahren weg. Es wurde keine Rücksicht geübt. Mit brutaler Gewalt wurde der Vater von den Kindern, der Gatte von der Frau, der Verlobte von der Braut weggerissen und mit Kolbenstößen nach den „Flandria-Anbauten“ beim St. Petersbahnhof verbracht, um von dort nach den Zivil-Arbeiter-Bataillonen abtransportiert zu werden. Auf den Straßen sah man allüberall dasselbe schreckliche Bild. Wo sich ein Mann in dem betreffenden Alter blicken ließ, wurde er höhnisch von Arme seiner Liebsten gerissen! Bald zeigte sich kein männlicher Genter mehr auf der Straße. Es war umsonst. Nachts führten Militärpolizisten vor den Häusern vor, überfielen die Unglücklichen in den Betten und schleppten sie weg. In die Dörfer wurden Lastkraftwagen entsandt, die morgens, vollgepfropft mit neuen Sklaven, zurückkamen. Sie waren alle aus den Betten gerissen worden!“

Am W. Oehmer: Ein Bekenntnis deutscher Schuld.

wurde abgestoppt! Die Ministerien wurden besetzt, Staatspolitik ging vor Volkspolitik und vor allem kam die Verkrampfung auf die alleinige Zentrumspolitik! Das Experiment, das auch der Klerus heute wagt, das Experiment der letzten Karte! Und wenn dies Trumpf versagt? Er versagt! Dafür, daß er nicht versage, liegen die Möglichkeiten in den Tatsachen des Lebens und des Volkes nicht vor! Und so muß all das zurückgehen, verlieren, schwinden. Heute hat der Volksverein noch 300 000 Mitglieder, nicht mehr die Hälfte, und das wirkliche Leben hat an Kraft und Pulschlägen noch mehr verloren.

Der Volksverein ist zu retten, wenn er sich den oben nur angedeuteten Aufgaben zuwendet, vor allem aber der tief urchristlichen Verinnerlichung des gesamten religiösen Volkslebens, des Familienlebens, der Jugenderziehung, dem Reiche der Seelen, dem wirklichen Gottesreiche. „Qui mance d'etat, meurt!“ (Wer vom Staate isst — ihm dient und dem ganzen Staatsbürgertum, — stirbt daran!) „Ihr könnt nicht mir dienen und dem Fürsten dieser Welt“ — sagt Christus!

Methoden der Volksverdummung.

Zum Fall der „Emden“ bringt die Presse eine Darlegung, die ein Musterbeispiel dafür ist, was man heute dem Volke an Verdummung noch bieten zu können glaubt. Wir lesen im „Fränk. Volksblatt“ (es wird aber ein Korrespondenzartikel sein):

„Das rote Taschentuch auf der „Emden“. Das kommunistische Berliner Blatt bringt unter der Überschrift „Rote Fahnen auf Kreuzer Emden“ aufgebauschte Berichte über einen Vorfall, der sich auf der Auslandsreise des Kreuzers „Emden“ zugetragen hat. Wenn man der Roten Fahne glauben wollte, wäre auf der „Emden“ eine regelrechte Meuterei ausgebrochen. In Wirklichkeit liegen, wie aus dem jetzt in Berlin vorliegenden Bericht des Kommandanten des Kreuzers „Emden“ hervorgeht, die Dinge viel harmloser. Vor allen Dingen kann nicht davon die Rede sein, daß der Kreuzer wegen dieser Vorgänge seine Auslandsfahrt abgebrochen und in den Heimathafen eingelaufen sei. Schon im Sommer war beschlossen worden, daß die „Emden“ noch vor Weihnachten zurückkehren solle, um den neuen Jahrgang der Seekadetten aufzunehmen. Das Schiff ankerte zuletzt am 13. Oktober in Kolumbien. Am Nachmittag dieses Tages hatten einige dienstfreie Matrosen sich am Tropfenbier betrunken und nach ihrer Rückkehr auf das Schiff Soldaten- und Helmlieder und zum Schluß die Internationale gesungen. Nach Anbruch der Dunkelheit zogen sie an einem Nebenmast ein rotes Taschentuch hoch. Nach Rückkehr nach Wilhelmshaven ist in öffentlicher Gerichtsverhandlung festgestellt worden, daß eine Meuterei oder der Ausdruck einer Unzufriedenheit nicht vorliegt. Die Schiffsführung hält den ganzen Vorgang mehr für einen Uk. Das Gericht verneint die Frage, ob die Matrosen beabsichtigt hätten, Unzufriedenheit unter den Mannschaften zu verbreiten. Es verurteilte zwei Matrosen wegen Ungehorsams zu 5 Wochen verschärften Arrestes unter Anrechnung der Untersuchungshaft, weil das Singen politischer Lieder in der Reichsmarine verboten ist. Schon aus dieser milden gerichtlichen Auffassung der Vorgänge ist ersichtlich, daß die Schiffsführung den ganzen Vorfall für harmlos ansieht.“

Sowas soll das deutsche Volk wirklich glauben? Glauben das die Redaktionen, die solche Meldungen aufnehmen, etwa selber? Man lese das durch! Wie dumm muß einar sein, wenn er das glauben will! Also, weil ein paar Matrosen „Tropfenbier getrunken“, „einige Lieder gesungen“ und „ein rotes Taschentuch“ hochgezogen haben, weil sie einen „Uk“ machten, hat man die Fahrt abgebrochen, hat man Matrosen vor das Gericht gestellt? Wir kennen die Berichte der Militärs aus der Kriegszeit! Wir kennen die Dementi Gefflers, daß es keine schwarze Reichswahr gäbe — sie sind in den Schatten gestellt durch diese Darlegungen über die Vorgänge auf der „Emden“! Wenn man einmal „dementiert“, sollte man wenigstens so dementieren, daß ein Mensch mit halbwegs gesundem Verstand die Dementi noch einigermaßen glaubhaft ansehen kann. Hier braucht man Fausthandschuhe, um das Ding packen zu können. Wenn aber selbst „Frankfurter Ztg.“ und sonstige ernste Blätter dies Sprüchlein bringen, wenn das am grünen Holze geschieht, dann wissen wir nur, inwieweit in Deutschland sich alles kuschelt und bückt vor dem Militarismus. Wie keiner mehr wagt, hier aufzutreten und die nackte Wahrheit dem Volke zu sagen. Warum bringt man nichts über die Behandlung der Matrosen auf der „Emden“, wie überhaupt über die neuerliche Behandlung innerhalb der Marine und der Reichswahr? Hierher gehört z. B., daß sich ein Soldat der Reichswahr auf den hl. Abend erschossen hat, weil er am hl. Abend seinen Arrest antreten sollte. Arrest am hl. Abend in der Reichswahr!

Am Gelste dieses Militarismus hat sich seit 1914 und 1918 wirklich nicht viel geändert — und es wird sich nichts ändern, bis dieser ganze Geist überwunden ist durch den Geist des Friedensschaffens, bis das deutsche Volk für solche „Uke“ ganz einfach kein Geld mehr hergibt!

Der harmherzige Samariter.

Unabhängig weiter! Zur Gemeinschaft hin! Ein paar Maler arbeiten in unserem Neubau; sie fühlen sich für kranke Brüder und Schwestern verantwortlich. Ebenso der Gärtner in unserem Garten. Narren, die unentgeltlich noch etwas tun! Doch solches Narrentum müssen wir die Welt wieder lehren. Wir stehen ja in einer Gemeinschaft. Hört! Eiemlich umfangreiche Planierungs- und andere Erdarbeiten müßten an unserem „Riesenhügel“ vorgenommen werden. Unsere Schwesternschaft ist mit der Erstellung des Neubaus belastet genug. Wer ist für einige Zeit bereit, sich zur Verfügung zu stellen? Namentlich Arbeitslose könnten sich das recht nützlich machen. Nur solche sollten sich melden, die mit Leib und Seele dabei sind. Weitere Kosten außer für Verpflegung und Unterkunft dürften nicht entstehen. Wir wollen ja der Gemeinschaft dienen. Vielleicht steht auch der eine oder andere Fachmann zur Verfügung oder gibt uns ein Architekt nützlichem Rat. Unser Werk soll zeigen, daß wir einen ganz festen Glauben haben und beim Schaufeln soll's ständig begleiten: „Vergiß nicht das Feuer, bleib' auf der Wacht!“ Bist Du dabei? Dann schreibe an die Schwestern vom harmherzigen Samariter in Volkertshausen h. Bings-Hohentwiel (Baden).“

„Irreführung der öffentlichen Meinung durch die Christlich-Sozialen“.

Das „Fränk. Volksblatt“, Nr. 3, schreibt:

Wie wir von verschiedenen Seiten zuverlässig erfahren, wird in den Kreisen der christlich-sozialen Partei die Meldung verbreitet, die Bischöfe, welche einen Erlaß gegen das „Neue Volk“ herausgaben, seien von Rom desavouiert worden. Rom habe ihnen Anweisung gegeben, die christlich-soziale Bewegung nicht weiter zu bekämpfen, da alle Katholiken noch auf deren Standpunkt kommen müßten. Der Bischof von Würzburg habe deshalb bereits einem Geistlichen, dessen Wirken für die christlich-soziale Sache beanstandet worden war, persönlich Mitteilung gemacht, daß er für die Zukunft ihm gestatte, für das „Neue Volk“ und die christlich-soziale Partei tätig zu sein.

Wir haben durch Anfrage an zuständiger Stelle festgestellt, daß es sich bei allen diesen Behauptungen um freie Erfindungen handelt, die in keiner Weise und in keinem Teil der Wahrheit entsprechen. Die Bischöfe nehmen heute noch den gleichen Standpunkt ein wie zur Zeit ihrer Erlasse. Rom hat in gar keiner Weise weder offiziell noch inoffiziell einen anderen Standpunkt eingenommen als die Bischöfe.

Es ist ein trauriges Zeichen der Zeit, daß gerade diejenigen Kreise durch solche Lügen die Autorität der Bischöfe zu untergraben suchen, die sich so gerne als „radikal christlich“ und als bevorzugte „Hüter der Wahrheit“ bezeichnen.

Willy Hammelrath mußte dem „Fränk. Volksblatt“ schon einmal sagen, daß es vorsichtiger sein soll, den „Schnüßlern“ gegenüber, die bei uns etwas auffangen und es ins Volksblatt tragen. Wir kennen diese Schnüßler sehr genau. Man kann die Wahrheit einfacher und billiger und reiner haben, wenn man sie selber fragt. Ein ernstes Blatt sollte auf solchem Altweltbörgewisch keine politischen Aktionen aufbauen.

Der Parteilistung ist aus ihren Informationen aus Rom etwas ganz anderes bekannt. Sie weiß besonders, daß Rom nichts entschieden hat. Und sie weiß ferner, daß „einem Geistlichen“ vom Würzburger Bischof nicht nur das Arbeiten in der CSRP, nicht gestattet wurde, sondern daß er noch verschärfte Verbote erhalten hat, die sich nicht einmal auf die CSRP, sondern auf das Wirken im caritativen „Barmherzigen Samariter“ und in der Jugend beziehen. Die Meinung der Parteilistung der CSRP, in diesen Fragen ist eine fundamental andere, als sie in diesen Gerüchten, von denen das „Fränk. Volksblatt“ wissen will, zutage tritt!

Offene Antworten.

Volkverein und Dr. Marx.
Die Meldung der Berliner Presse, daß bei den Zahlungsschwierigkeiten des Volkvereins Dr. Marx eine halbe Million verliere, wird von der Zentrumspresse falsch richtiggestellt, daß es sich bei dieser halben Million nicht um Privatvermögen von Marx handelt, sondern um Gesellschaftanteile, die bei der Gründung des Volkvereinsverlags, einer Gesellschaft z. B. H., gebildet worden sind. Dr. Marx hatte wohl für diese G. m. b. H. verantwortlich zu zeichnen.

Immunität der Abgeordneten!
Ja, es ist natürlich nicht tragbar, daß die Herren Volksvertreter die Immunität haben, daß dadurch viele in dem heutigen Tiefstand des politischen Lebens diese Unangeführten ausnutzen, um den politischen Gegner herabzusetzen und zu beschmutzen. Es wäre höchste Zeit, zur stillen Bereinigung des politischen Lebens diese Immunität überhaupt aufzuheben.

Pressefreiheit.
Wer öffentlich etwas sagt oder schreibt, muß auch für dieses Wort mit seiner Person und Verantwortlichkeit einstehen. Macht er einen Fehler, muß er ihn tragen und büßen. Es wäre an der Zeit, gesetzlich zu bestimmen, daß jeder Artikel in jeder Zeitung und Zeitschrift vom Verfasser namentlich gezeichnet und prägnantlich von ihm verantwortet werden muß. Diese Verantwortung auf die Redakteure abzuwälzen, die meist die Darlegungen der Verfasser nicht prüfen können, ist ebenso sitzlich unbillig. Auch das würde zur Wahrheit und sitzlichen Bereinigung des politischen Kampfes beitragen. Wenn z. B. seit langer Zeit fortgesetzt ein „Warner“ in der Zentrumspresse aus diesem versteckten Winkel immer wieder gültige Pfeile auf die CSRP, und ihre Führer abschießt, ohne den Mut zu haben, diese Elaborate mit seinem Namen zu decken, so ist das nicht nur geistige Feigheit, sondern es gehört in das Kapitel dieses politischen Niveaus, in dem wir heute stehen und in dem alle Ehrlichkeit erstickt!

Die „Rote Fahne“
hat wieder einmal ganz daneben gebaut, wenn sie dem neuen Bischof von Berlin, Dr. Schreiber, vorwarf, er habe es einmal mit seinem Eid im Lange-Hegemannprozeß nicht genau genommen. Denn der Bischof von Berlin ist gar nicht der Zentrumspolitiker Dr. Schreiber, sondern es ist der frühere Bischof von Meissen, Dr. Schreiber. Auch für Freidenker müßte die Wahrheit noch Geltung haben!

Auer und Scharnagel. Ja, Du hast recht: Es ist Auer Verdienst, daß in München Scharnagel nochmal Bürgermeister wurde, der ansonsten keine besonderen Sympathien aufzuweisen hat. Die Chancen für eine anderweitige Besetzung des Bürgermeisterpostens waren nicht schlecht, wenn Scharnagel ein einigermaßen aussichtsreicher Gegenkandidat gegenüber getreten wäre. Auf die Veröffentlichung der Austrittserklärung aus der SPD von Georg Englert im NY, scheint Auer von oben her einen Wink bekommen zu haben, nicht zu kandidieren und so wurde erst im letzten Augenblick der zwar anständige, aber für einen solchen Posten viel zu alte Schmid vorgeschoben. Die Münchener Genossen müssen sich schon Auer etc. etwas näher ansehen, bevor sie vorwärts schreiten wollen. Das Proletariat braucht heute andere, vor allem selbstlose Führer!

Religiöse Feme? Leider gibt es die. Die RMV. schrieb einmal gegenüber den religiösen Sozialisten: „Wer politisch anders als wir selber steht, muß politisch bekämpft, nicht aber religiös verfolgt werden!“ Ein tapferes Wort! Leider aber besteht diese Feme, nicht nur gegen die religiösen Sozialisten, sondern noch viel mehr gegen die CSRP-Leute. Ist da einer, der durch das Lesen des NV., wie er uns

schreibt, zu Vertiefung kam und sich beim III. Orden anmeldete. Sobald man dort erfuhr, er sei CSRP., wurde er ausgewiesen! Sogar das kath. Kreuzbündnis schrieb in seinem „Volksfreund“, es vertrage sich nicht, Kreuzbündler und CSRP. zu sein. — Das alles trotzdem Leo XIII. sehr scharf festlegte: „Eine verkehrte Meinung ist es, die Religion mit einer politischen Partei zu vermengen und den politischen Gegner als abtrünnig von der kath. Religion anzusehen. (Leon XIII. Enz. Immortale Dei.)“

Kirche und Politik. In Wien sind im August wieder 1077 Personen aus der Kirche ausgetreten, darunter 102 Kinder. Das sind wieder 95 mehr, als im August des Jahres 1925 und 64 mehr, als im Juli 1929. Woher das kommt, besagt wohl die Freidenkeraktion, die in Massenversammlungen erklärte: „Eigentlich ist es nicht die Sache der Freidenker, gegen den Heimwehrlauf in der Kirche zu protestieren. Dies wäre eigentlich Sache der rechtsfähigen Katholiken. Aber da diese sich nicht rühren, wissen wir keine andere Antwort als: „Heraus aus der Kirche!“ Gewiß, die Freidenker benutzen alles zu ihrer Propaganda — aber man darf ihnen nicht nach Wasser auf die Mühlen leuken! Der Heimwehrlauf kostet der Kirche Tausende ihrer Mitglieder, wie der Militarismus im Weltkrieg ihr Hunderttausende gekostet hat!

Papst und katholische Sozialisten. Nein, die Antwort des Papstes an die kath. Arbeitervereine ist gar keine Verurteilung der kath. Sozialisten! Lies diese Kundgebung genau durch, wie feingeschliffen und wohlbedachtwogen jedes Wort ist: Wenn die kath. Sozialisten das tun würden, was der Papst darlegt, dann wären sie verurteilt!

Aus der Bewegung.

Der Barmherzige Samariter. — Der heutigen Postauflage unserer Zeitung liegt das erste Heft „Der Barmherzige Samariter“ bei. Aus drucktechnischen Schwierigkeiten kam den übrigen Zeitungen erst in der nächsten Nummer des „Neuen Volkes“ dieses Probeheft beigelegt werden. Wir machen aber die Leser des NV. schon jetzt darauf aufmerksam, daß in der nächsten Nummer bestimmt das Heft beiliegen wird. — Fernerhin bitten wir unsere Freunde, sich der dem Heft beigelegten Zahlkarte recht eifrig zu bedienen, damit dieses Werk unserer Bewegung mehr als bisher in unseren Reihen seine Unterstützung findet. Hier haben wir einzusetzen mit unserer praktischen Arbeit. Wie das geschehen soll, davon erzählt auch jede Nummer des NV. und auch besonders dieses Heft unserer Samariterschwestern. Wer es noch nicht bestellen kann, schicke wenigstens einen kleinen Unkostenbeitrag ein, damit so unser Werk keines Schaden leidet. Das Heft soll in Zukunft monatlich erscheinen und dadurch die Möglichkeit schaffen, das Werk unserer Samariter über den Rahmen der Partei hinauszuverbreiten zu allen, die guten Willens sind, praktische Arbeit zu leisten, die nichts mit der so viel verpönten „Wohlthätigkeit“ zu tun hat, sondern die dort einsetzen will, wo des Lebens Härte geheimer nach Abhilfe verlangt. Hier tue ein jeder seine Pflicht. Der Barmherzige Samariter muß zum Fundament der christlich-sozialen Reichspartei werden. Daß er es werde, liegt an jedem einzelnen von uns.

Volkskassen. Am Sonntag, den 12. Januar, nachmittags 2 Uhr, spricht im „Samaritersaal“ Julius Dele über „Währungsfragen, Sparen und kaufkraftbewahrende Sparkasse“. Alle Freunde unserer Bewegung, aber auch alle Interessenten am genannten Thema sind herzlich willkommen. Ob die hinter uns liegende Inflation und die schlechende, in der wir gegenwärtig leben, wohl etwas zum Denken anleitet?

Volkskassen. Am Donnerstag, den 15. Dezember, war im vollbesetzten „Samaritersaal“ eine kleine Weihnachtsfeier, einfach und schlicht. Die Harz und Urahois unsere Zeit hat es mit sich gebracht, daß auch Weihnachtsen ein Fest geworden ist, das man als willkommene Unterbrechung des Alltagslebens feiert. Ein Rückblick aber auf die Weihnachtsfeier im „Samaritersaal“ lehrt uns den tiefen Sinn gerade dieses Festes verstehen. Mit frommer Pietät wurde ein Krippenspiel vorgeführt, Kinderspiele und Spiele verschiedenster Art. Auch Hr. Kaiser richtete einige inhaltsreiche Worte an die Teilnehmer mit der Bitte, man möge doch wieder zum wahren, christlichen Weihnachtsfest zurückkehren, zur kindlichen Einfachheit und Demut. Der lebhafteste Beifall besanzt, daß es allen gut gefallen hat, und nur der moderne Zeitemensch ging enttäuscht nach Hause. Uns aber brachte es wieder einen Schritt vorwärts, der neuen Zeit entgegen.

Der „Samaritersaal“ ist nun jeden Sonntag geöffnet und können sich dort die Eltern und Kinder in geselliger Unterhaltung zusammensuchen. Spielkarten und Spiele stehen zur Verfügung.

Stadtverband Berlin. Am Montag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, findet im Lokal Balke, Kaiserstr. 41 (Nahe Alexanderplatz), unsere diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Alle Parteimitglieder werden dringend gebeten zu erscheinen.

Kreis Alenkirchen. Am kommenden Sonntag, den 12. Januar, um 3 Uhr, im Sankt-Antonius-Caff, Kirchstraße, in Betdorf, der dritte Vortrag unseres Winterprogramms: „Stellung zur Bodenreform und Wohnungswesen.“ (Der zweite Vortrag folgt später.)

Betzdorf (Sieg). Am Sonntag, den 4. Januar, hatten wir einen Universitätsstudenten aus Bonn zu Gast, der uns etwa zweiinhalb Stunden innerhalb über die Zusammenhänge des kapitalistischen Systems innerhalb Deutschlands sowohl als auch darüber hinaus in der ganzen Welt. Wir hörten von den Ursachen der Kapitalnot, Kapitalflucht, über Aktien, Dividenden, Zinsen usw. Voll Staunen steht man vor dem Ungeheuer „Wirtschaftskapitalismus“. — Nur schade, daß dieser Vortrag nicht noch etwa 1 bis 6 Abende fortgesetzt werden könnte. Deshalb auf Wiederhören in den Osterferien! — In unseren nächsten Versammlungen werden wir uns mit der Frage auseinandersetzen haben: „Was haben wir demgegenüber für Aufgaben zu erfüllen?“

Kreis Nettwid und Umgebung.
Nettwid, Am 30. Dezember fand hier die 1. Kreisversammlung des neugewählten Kreistages statt. Auf der Tagesordnung standen die Ausschub- und Kommissionswahlen. Man konnte hierbei feststellen, daß gerade die ZP. gleich nach den Kommunalwahlen sich die größte Mühe z. B. unseren Vertreter, Freund Theodor Engers, für ihr vereintes Mandat zu gewinnen. Es dieses ihnen nicht gelückt war, machten sie einen per einmütigen Wahlvorschlag mit: DNVP, DVP, SPD, und Nationalsozialisten. Und versuchten, unseren Vertreter an allen Kommissionen zuzuschalten. Unser Freund hatte die Situation richtig erkannt und machte in den letzten entscheidenden Minuten einen Wahlvorschlag mit einem Demokraten und einem Wirtschaftler. Und somit gelang unserem Freund, in die Bau- und Wohlfahrtskommission zu kommen. Der KPD-Vertreter reichte zu allen Wahlen eigene Vorschlagslisten ein, welche aber von dem Wahlvorstand alle

Freude, Besinnung, Mut zum Leben und zum Kampf kraftet durchs ganze Jahr unser Kalender

NEUES DEUTSCHLAND

Jeder Leser unseres Blattes, jeder Träger der christlich-sozialen Idee muß ihn besitzen.
Bestellt zum Vorzugspreis beim
VERLAG „DAS NEUE VOLK“ / WÜRZBURG
Kardhaus 11a.

Heimwehr. Die Schaffung eigener, neutraler Wehr gegenüber der faschistischen „Heimwehr“ in Oesterreich ist bestimmt nicht ganz ohne Beeinflussung auch kirchlicher Kreise geschehen. Der Kardinal hätte bereits die Heimwehren verboten. Nachdem noch die kath. Sozialisten, Dr. Pfleger u. a., Sturm gegen den Heimwehrlauf gelaufen sind und Selpels Politik in Rom als gefährlich erkannt wurde, war dieser Schritt nicht überraschend. Er nimmt aber die Gefahr des Bürgerkrieges von Oesterreich.

für ungültig erklärt worden, weil dieselben keine drei Unterschriften von Kreisratsmitgliedern hatten. In der amtlichen Bekanntmachung, sowie aus der Geschäftsordnung; konnte man ersehen, als ob drei beliebige Wahlberechtigte aus dem Kreis Nettwid als Unterschriften genügen würden. — Gleich zu Beginn forderte der KPD-Vertreter die Zurückziehung der Gendarmen, die der Landrat zum angeblichen Schutze der Sitzung herbeigeordnet hatte. Es wurden nach den geistigen Wahlen zwei soziale Anträge zugunsten der ausgesetzten Arbeitlosen sowie um die Erhöhung der Fiskusgerichtsätze um 70 Prozent behandelt, welche von der KPD. beantragt waren. Unser Freund schloß sich dem Antrag sofort an, was bewirkte, daß 11 Kreisratsabgeordnete für den Antrag waren. Man konnte feststellen, daß auch ein christlicher Gewerkschaftssekretär mit noch einem christlichen Arbeiter sich an der Abstimmung für den Antrag als die einzigen von 14 Vertretern der ZP. beteiligten. Die Vorzüge dieser Anträge in der „Volksstimme“ (KPD-Organ) mit der Annäherung: „Arbeiter, besucht die Kreisversammlung, die am 30. Dezember, nachmittags 2.30 Uhr, im Kreishaus stattfindet. Ziel der Verhandlung und der bürgerlich-sozialdemokratischen Mehrheit, daß vorstehende Anträge einstimmig angenommen werden, und die Polizei zu alarmieren. Auch ging die Verhandlung dazu über, aus diesem Grunde auf je einen Abgeordneten eine Einflüsterung zu verschicken. Dieses System müssen wir ebenfalls ablehnen; man kann hier schon nicht mehr von einer „Freundschaft“ reden. Zum Schluß ein Appell an alle Parteifreunde im Kreis, sich nicht nur als Organisierte, sondern als Organisations zu betrachten, hier und auch dieser Legislaturperiode noch kräftige menschlichen Kräfte, um so mit dem Boden legenden schaffenden Volk den ihm zukommenden Platz rückhaltlos zu erobern.
Ivan Adelling.

Stadtverband Delsberg-Hamborn. Am Mittwoch den 15. Januar, abends 8 Uhr, findet in Delsberg-Laar bei Wirt Hermann Schramm, Kaiserstraße (gegenüber der kath. Kirche) eine Aussprache zwischen Herrn Arbeitersekretär Koenen (Zentrum) und unserem Freunde, Richard Dürr über die Frage „Zentrum oder CSRP.“ statt. Die Mitglieder der Zentrumspartei sowie die Freunde und Leser des Neuen Volkes, insbesondere die Frauen, sind herzlich eingeladen.

Elberfeld-Barmen. Hierin sagt ich dem Vorsitzenden der Kreisgruppe Wuppertal der Christlich-Sozialen Reichspartei für die edelmütige, großzügige Hilfe in schwerer Zeit meinen aufrichtigen, tiefempfundenen Dank.
Arthur Vollmeppen.

Burscheid. Am Sonntag, den 10. Januar findet vormittags 11 Uhr im Lokale Wirth, Ohmann unsere Generalversammlung statt. Alle Parteifreunde und Leser des „Neuen Volkes“ werden zu dieser Versammlung dringend und herzlich eingeladen.

Kommunalpolitik.

Marktredwitz. „Katholiken wählt katholisch!“ So konnte man an allen Strallenecken und auch auf dem Kirchplatz lesen, als es sich darum handelte, das Stimmvieh zu sammeln. — Jetzt, wo es galt auch einmal katholisch zu handeln, erlebte man auf einmal, daß es nicht um katholische Belange ging und geht, sondern um politische Klügelwirtschaft. Bei der Wahl des ersten Bürgermeisters erlebte man schon mal einen kläglichen Unfall der Bayerischen Volkspartei, bei der jetzigen Wahl zum zweiten Bürgermeister gab es ein ähnliches Schauspiel. Da stimmte Herr Stadtrat Madener nicht etwa für den christlich-sozialen Stadtrat Dreher, sondern für den Kandidaten des Bürgerblocks, Schürmer, obwohl Dreher Aussicht auf Erfolg hatte. Die vier sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten geschlossen für Dreher gestimmt, wenn sich Madener auch für Dreher hätte bewegen lassen. Hier wurden von Madener nicht kath. Belange vertreten, sondern ausgesprochene Klassen- und Kastenbelange, denn die Großen wollen oben unter sich bleiben und setzen alles daran, nur nicht mit einem Arbeiter in Armeibührung zu kommen. — Werden die Wähler solcher Vertreter endlich aus dieser Tatsache die notwendige Lehre ziehen? Werden sie dieses Spiel durchschauen? — Werden sie endlich einsehen, daß nicht die Religion für diese Herren das Ausschlaggebende ist, sondern nur reine Interessenspolitik. Die Wählerchaft dieser Vertreter stellt zu 90 % die Arbeiterschaft. Ob die durch solche politische Taten ihrer Führer endlich erkannt, daß ihre Interessen durchaus nicht von solchen Leuten vertreten werden, hätte ein christlicher Arbeiter an Stelle des Herrn Madener ge-

WER HILFT?

Wer leih einem christlich-sozialen Freund
Rm. 700 — auf 7 Monate gegen 6% Zins.
Als Sicherheit ist ein Haus vorhanden und
kann eine Lebensvers.-Police von Rm. 2500
zur Verfügung gestellt werden. Abzahlung
monatlich Rm. 100.—. Erste Zahlung am
31. Januar 1930. Zuschriften an „Das neue
Volk“ unter Nr. 200.

essen, dann wäre sehr wahrscheinlich heute ein Arbeiter zweiter Bürgermeister, so haben sie das Nachsehen.

Amt Eslohe (Krs. Meschede). Dem Parteiklängel des Zentrums haben wir es zu verdanken, daß unser Amt auf 25 Jahre versichert ist. Rund sechshunderttausend Mark müssen von den sechstausend Elowohnern aufgebracht werden, weil ohne Kontrolle draufflogwirtschaftet wurde. Noch immer ist das Verfahren gegen den Rentmeister, der noch sein halbes Gehalt besteht und den verantwortungstragenden Amtmann nicht abgeschlossen. Um die ungeheure Summe aufbringen zu können, mußte sich das Amt verpflichten, jährlich 20.000 Mk. auf die Dauer von 25 Jahren nach Münster, das die Gelder vorstreckte, zurückzahlen. Das bedeutet einen Grundsteuerrückschlag von achttausend! Prozent. Trotz allem dominiert das Zentrum noch immer hier, weil man brutal von gewissen Stellen aus den politisch wenig geschulten Wählern vorschreibt, sich dem eigenen Metzger anzuschließen. Ob jene Stellen nicht auch moralisch verpflichtet sind, Wiedergutmachung zu üben, wenn den armen Gebirgsbauern und Arbeitern das Fell über die Ohren gezogen wird?

Kreis Lippstadt. In der letzten Sitzung des Kreistages war beantragt, den neuen Bürovorsteher aus der bisherigen Gruppe 4 Ia, Anfangsgehalt 3000 Mk., steigend in 11 Stufen bis 6700 Mk. mit einem Wohnungsgelde von 540 Mk. herauszuheben und nach Gruppe 3b zu besolden. — Anfangsgehalt 4500 Mk., steigend in sieben Stufen auf 7000 Mk. mit einem Wohnungsgeld von 720 Mk. und den sozialen Zulagen. Freund Kleffmann widersprach dieser HöherEinstufung ganz energisch und betonte, daß bei den heutigen Verhältnissen solche Beamtengehälter nicht mehr aufgebracht werden könnten. Wenn ein mittlerer Beamter schon so besoldet werde, könne kein Mensch an den Abbau der höchsten Beamtengehälter denken. Es könne grundsätzlich keine Erhöhung von der christlich-sozialen Fraktion bewilligt werden. Da aber alle Fraktionen auf Höherstufung sich festgelegt hätten, schlage er vor, die Gruppe 3e zu wählen, Anfangsgehalt 3600 Mk. und in 11 Stufen steigend auf 6600 Mark mit einem Wohnungsgelde von 540 Mk. Für diesen Gegenantrag ergaben sich nur 5 Stimmen. Die christlich-nationalen Bauernpartei, Deutschnationale, Zentrum und der Führer der Sozialdemokraten traten für die höchste Entlohnung ein, trotzdem dieselben in der Wahlperiode ihren Anhängern größte Sparsamkeit und Einschränkung der Verwaltungsausgaben versprochen. Im Kreise Lippstadt sind die Wählermassen um eine Erfahrung reicher. Die konsequente Haltung der christl.-soz. Fraktion findet überall Zustimmung.

Bergisch Gladbach. Zu dem Stadtverordnetenbericht muß eine kleine Berichtigung vorgenommen werden. Bei der Wahl der Beigeordneten handelte es sich nicht um besoldete, sondern um unbesoldete Beigeordnete. — Ein Schrubfehler befand sich im Bericht zu den Ausführungen des Freundes Kürten, der nicht von stelligen Gehältern, sondern von vierstelligen Gehältern gesprochen hatte.

Aufgaben der Gemeindepolitik

von Adolf Damaschke. — Preis geb. 4.50 Mk.

Dieses interessante wie auch lehrreiche Buch empfehlen wir unseren Freunden und bitten die Ortsgruppen, dasselbe für die gewählten Kommunalvertreter in Gemeinde, Amt und Kreis anzuschaffen. In diesem Werke findet jeder Kommunalvertreter wichtige Aufklärung über kommunalpolitische Aufgaben, die ganz in unserem Sinne liegen. Wir liefern das Buch portofrei an unsere Freunde und bitten noch heute um Bestellungen. Verlag Das neue Volk, Würzburg.

Kauft Bücher!

Begegnungen. Von W. und M. Hammelrath. Preis 1 Mk. Hier sind alle Grenzen gefallen. Im hohen Norden und im fernen Süden findet W. Hammelrath den "roden Mensch. Und er selbst ist ein Mensch, dem etwas vom Leuchten der Ewigkeit in den Augen spricht. Wer lebt und erlebt wie W. Hammelrath, dem ist der Untertitel des Büchleins, "Allah kerihim" (Gott ist gut), Lebenswirklichkeit geworden. Keine Reiseberichte im üblichen Sinne erzählt Hammelrath hier. Es sind Fahrtenberichte, die aus einer großen und reichen Lebensfahrt, die nie aufhört.

Frohbotschaft. Von W. Hammelrath. Preis 1 Mk. Ein Buch, über das sich nicht mehr schreiben läßt, man kann es nur erleben, gleichwie man den Menschen, der das Buch schrieb, erleben muß, um ihn zu verstehen.

- Westfront 1918, gebd. RM. 2.80
- Im Westen nichts Neues " 4.—
- Christus und das menschliche Leben " 2.—
- Hiesigen: Von Verdun bis Stinnes " 1.—
- Ing. Karl Wernegg: Das Arbeitsrecht " 1.20
- Pontius Pilatus, Annas und Kalphas und der Weltkrieg " 1.50
- Paul Nagel: Geld und Boden, geb. " 5.40
- General Schmalz: Mein Damaskus " 4.—
- Zehn Jahre Kampf für Frieden und Recht " 4.—
- Die Peitsche des August Schmidt " 4.—
- Pater Ohmeyer: Nie und nimmer Krieg " 1.—
- Vom Ringen einer Priesterseele " 1.20
- Leon Maurer: Den Wirbel... Tambour " 1.75
- Prof. Ude: Der ideale Staatsbürger und seine Wirtschaftsethik " 2.20

Verlag Das neue Volk, Würzburg.

Einzig und allein:
Das älteste und größte Spezial-Verandhaus der Art Deutschlands



Mitteilung:
Meine alten Kunden werden mir im letzten Jahre 900000 Nachbestellungen!

Warum? Dieser gewaltige Andrang an wiederholten Bestellungen! Antwort! Natürlich nur wegen der Güte der Waren und wegen der niedrigen Preise! Über riesigen Warenvorrat erhalte ich außerdem über 400 kompl. Eisenbahnwagenladungen Waren zur Abfertigung der eingegangenen Massenbestellungen im letzten Jahre!

Heute ermäßigte Preisverhältnisse!
Gültig nur kurze Zeit.

Nr.	Preis per Meter	Beide Mk. Pz.
1) Baumwollgewebe	ungebleicht, für einfache Gardinen usw. 70 cm	0.15
2) Wischtücher	gute Sorte, strapazierbar 45x45 cm per Stück	0.15
3) Hemdentuch	weich, etwas leichtere Sorte 70 cm	0.27
4) Baumwolltuch	ungebleicht, etwas leichte solide Sorte 70 cm	0.27
5) Hemdenflanell	Industrien-gesteift, aus guten Garnen 70 cm	0.27
6) Handtücher	solide Strapazierware 40 cm	0.27
7) Hemdentuch	weich, gute Gebrauchsware 70 cm	0.37
8) Baumwolltuch	ungebleicht, halbt. Sorte aus guten Garnen 70 cm	0.37
9) Hemdenflanell	Industrien-gesteift, sehr solid und haltbar 70 cm	0.37
10) Handtücher	gute Strapazierqualität 40 cm	0.37
11) Hemdentuch	weich, für gute Wäschstücke 80 cm	0.47
12) Baumwolltuch	ungebleicht, kräftig, fast unverwundlich 70 cm	0.47
13) Hemdenflanell	Industrien-gesteift, besser, fast unverwundlich, Sorten 70 cm	0.47
14) Zephir	bessere Sorte, schöne mod. Muster 70 cm	0.47
15) Handtücher	besond. dicht gestrich. kräft. Strapazierqualität 40 cm	0.47

Nachstehend besonders ausprobierte Qualität:

16) Hemdentuch	weich, verz. Qualität 80 cm	0.57
17) Baumwolltuch	ungebleicht, stark, fast unverwundl. Spezialqual. 70 cm	0.57
18) Hemdenflanell	Industrien-gesteift, best. Qualität, überaus haltbare Strapazierqualität 70 cm	0.57
19) Zephir	schöne, dicht gestrich. aus guten Garnen, elegante Muster 70 cm	0.57

Besonders vorteilhaft! Vorübergehende Abgabe!

20) Schlafdecken	sehr solide Gebrauchsware, Größe 140x200 cm, 5 Stück	2.25
21) Maccektuch	weich, garantiert rein ägyptisch, für besonders feine bessere Hemden und Wäschstücke 80 cm außerordentlich haltbar, fast unverwundl. Qualität	0.77
22) Hemdenflanell	Industrien-gesteift 77 cm	0.67
23) Hemdentuch	weich, leuchtig, dicht gestrichen, vorzüglich prima Qualität, jedoch nicht vollkommen rein, weiß gebleicht 80 cm	0.60
24) Gardinen	von Vorhangstoff, aus prima feinen Garnen mit schönen Industrien-gestrichenen Streifen, etwas durchsichtig gewebt 80 cm	0.33
25) Damentaschentücher	weich, Maccektuch-ähnlich, besonders beliebte Qualität, Größe ca. 30x30 cm	0.83

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter, bzw. bis 50 Urd. an einen Kunden. Versand per Nachnahme von Mk. 10.— an. Portofreie Lieferung von Mk. 30.— an.

Zuschickens jedes Ware auf meine Kosten. **Frühling** betrachten des vollen assortierten Bestandes, wenn trotz der Billigkeit etwas nicht ansprechen sollte. **Zuschickens** des vollen Bestandes auch dann, wenn Sie nicht die volle, schwindende Überzeugung finden, daß meine Waren unter Berücksichtigung der guten Qualität, beständig billiger als anderswo sind.

10 Prozent Preisermäßigung auf alle Bestellungen über Mk. 30.— Auf besonderen Wunsch, werden an Stelle der 10% folgende Waren kostenlos abgegeben:

- 1. schöne, gutschmeckende Wurst, oder Sausage oder 1. solide, haltbare Schlafdecke oder 2. Meter garb. beste Sorte.

Josci Witt, Weiden 282 Obpt.
Eigene mechanische Weberei. — Aemstles und größtes Spezial-Verandgeschäft der Art Deutschlands.

Trinkt Chabeso!

Aktenmappen, Promenade-Gamaschen, Schulranzen

kaufen Sie am besten beim Lederfachmann
Desgleichen alle Sohl- und Oberleder, Schäfte und Schuhmacherartikel.

I. Bachmanns Nachf., Inh. Kilian Hauck
en gros Lederhandlung en detail
Sternsgasse 6 Würzburg Sternsgasse 6
(gegenüber der Kohlenhandlung Neckermann)

« Koks! »

Infolge Vergrößerung der Produktion sind wir in der Lage Koks wie folgt zu liefern:

Nusskoks M. 1.10 ab Werk M. 1.40 frei Keller
Perlkoks M. 0.80 " " M. 1.10 " " ab Werk

Baustein-Werk
Würzburg-Zell. Telefon 5407.

Meermann's Schuhsohlerei
Inh.: Gg. Haas
Franziskanergasse 8 Telephone 3870.



Ich hab's der Supinator-Fußstülze zu danken, daß meine Füße in Ordnung sind. Nun kann ich wieder ohne Ermüdung und schmerzfrei laufen. In meinem Supinatorium prüft Ihnen mein Spezialist und Ortop. Schuhmachermeister im May-Fußspiegel — auch für Sie sichtbar — was Ihre Füße brauchen, um einen leichten Gang zu erzielen.

Meine Füße sind wieder heil!

Echter Weigands Rheumatis- und Gichtgelst

wird ärztlich sehr empfohlen. Seit 33 Jahren anerkannt wirksamstes Einreibemittel. Zahllose, glänzende Dank-schreiben bestätigen die rasche Hilfe. Ein Auszug:

... Ich litt an heftigen Gelenkrheumatismus am Knie und an den Füßen. Meine Beine waren so angeschwollen, daß ich vier Wochen im Krankenhaus liegen mußte. Da erhielt ich zufällig Weigands Rheuma is- und Gichtgelst. Nach Verbrauch von 2 Flaschen konnte ich meiner Arbeit wieder nachgehen ohne die geringsten Schmerzen zu verspüren.

Käver Altmann, Pattendorf a. L.
Preis per Flasche 2.— Mark. — Versand durch die
Inhorn-Apotheke Landshut I. B.
Altstadt 74.

Anton Korb
Kontorhaus Zentral
Zimmer 19, I. r.

Für Lumpen, Eisen, Papier u. Metalle etc.
zahlt stets die höchsten Tagespreise
Franz Bauer
Innerer Graben, 20.

Abholungen werden auf Wunsch prompt vorgenommen. Auch 5c melags geöffnet.

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, in jeder Preislage.
Wochenraten von 5 Mk. ab.

Christian Schmitt,
Kaiserstraße 12.

Trogillen-Bonbons
süß
Husten
Heiserkeit
Bronchialkatarrh.

In allen Apotheken erhältlich — stets vorrätig: in den Apotheken — u. in der Heilungsfeld, Röttingen.

Prof. Dr. Ude
„Der ideale Staatsbürger u. seine Wirtschaftsethik“
gebildet in die Hand eines jeden Lesers der Neuen Dolhes Rm. 2.20

3. Silbersack, Würzburg
Rottendorferstraße 8

Korbs Tee
ff. Darjeeling Tee
Hochgewächs direkt vom Pflanzler

Neues Ernte ist eingetroffen
ff. Ind. Mischung
von Mk. 3.80 per Pfd. an

Feinster Kaffee
schon und stein frisch gebrannt von Mk. 2.60 per Pfd. an

Feinster Kakao
Tee, Kaffee, Kakao
auch erhältlich in kleinen Packungen.

Trotz unbekanntester Qualität bei billigster Berechnung gebe ich in Marken
5% Rabatt

Anton Korb
Kontorhaus Zentral
Zimmer 19, I. r.

Für Lumpen, Eisen, Papier u. Metalle etc.
zahlt stets die höchsten Tagespreise
Franz Bauer
Innerer Graben, 20.

Abholungen werden auf Wunsch prompt vorgenommen. Auch 5c melags geöffnet.

Willst Du zur Befundung einer unfruchtigen, teils höchst ungerathen Wirtschaftsordnung beitragen,
Willst Du die Ansammlung von Kapital in jähwuchernde Hände verbinden,
Willst Du den Vorteil eines großen Umlaufes und billigen Einkaufs selbst mitgehen,
dann Sorge für einen zuverlässigen Vertrauensmann welcher nebenberuflich gegen kleines Entgelt die Vertretung der Waren übernimmt

Ja. S. Smahl, Regensburg
Kalmünzergasse 7 (Rüdgebäude)

I. Werk- und Verbrauchergemeinschaft
für Waschmittel, Öle und Fette
(Mitarbeiter mit wahrhaft christlich-sozialer Gesinnung zur Kunden- und Mitgliederwerbung an allen Orten gesucht. Geringe Kautionstellung erwünscht.)

Farbbänder für alle Systeme und Kohlepapiere in bester Qualität, Durchschlag- und Schreibmaschinen-Papiere
kaufen Sie vorteilhaft bei
Egid Müller
Schreibmaschinen und Bürobedarf
Telefon 4648 : Neubaustraße 7

Das Arbeitsrecht
von Ingenieur Karl Wernegg, Leoben, mit einem Geleitwort von Prof. Ude, Graz
Preis RML 1.20

Berthold Silbersack | H. Meyer
Würzburg | **Köln-Ehrenfeld**
Rottendorferstraße 8 | Wahlenerstraße 6

Unser Januar-Angebot:

- Konsumölze, fein u. delikat 1/4 Pfd. 35 ⚡
- Hering-Salat mit reiner Mayonnaise 1/4 Pfd. 45 ⚡
- Essig-Gurken, schmackhaft Pfd.-Dose 48 ⚡

Gesardinen
erstklassige Qualitäten in reinem Olivenöl konserviert
Dose 28, — 45, — und 55, — Pfg.

- Allgäuer Stangenkäse 20% Fettgehalt Pfd. 58 ⚡
- Edamer-Käse 20% Fettgeh. 1/4 Pfd. 22 ⚡
- Tilsiter-Käse ohne Rinde vollfett 1/4 Pfd. 35 ⚡
- Alpen-Kräuterkäse, streichfertig Schachtel 25 ⚡

Munsch & Co
Filialen in Würzburg und umwärts